GEMEINDE
NEUHAUSEN
AM RHEINFALL
CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch

PROTOKOLL

DER 6. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2026, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	**Donnerstag, 24. September 2026, 19:00 – 21.00 in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall**
Präsenz	**19 Einwohnerräte (ER):** Fabian Bolli (GLP), Oliver Fessler (SVP), Peter Fischli (FDP), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Deborah Isliker (SVP), Melanie Knuchel (SP), Matthias Koch (GLP), Bernhard Koller (EDU), Thomas Leuzinger (SP), Dimitrij Ruh (SP), Roland Müller (Grüne), Christian Schenk (SP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Silvia Schlegel (die Mitte), Marco Torsello (FDP), Isabella Zellweger (SVP) **Gemeindepräsident (GP):** Felix Tenger (FDP) **Gemeinderäte (GR):** Christian Di Ronco (die Mitte), Andreas Neuenschwander (SVP), Sabina Tektas-Sorg (SP), Marcel Zürcher (SP) **Gemeindeschreiberin**: Sandra Tanner (Gemeindeschreiberin) **Aktuarin:** Barbara Zanetti
Vorsitz	Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Entschuldigt	Urim Dakaj (SP), Nina Schärrer (FDP), Urs Schüpbach (parteilos)
Protokoll	Das Protokoll der letzten Sitzung vom 27. August 2026 wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.
Mitteilungen	Matthias Koch übernimmt das Amt des stellvertretenden Einwohnerratspräsidenten. Peter Fischli übernimmt die Rolle des Stimmenzählers.

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 27. August 2026

1. **Postulat Nr. 2026.04** vom 27.08.2026 von Fabian Bolli, Arnold Isliker und Nina Schärrer mit dem Titel: Beteiligung an der Rheinfall Managementgesellschaft prüfen

2. **Postulat Nr. 2026.05** vom 10.09.2026 von Nina Schärrer mit dem Titel: Wie weiter mit der Neuhauser Moschee? Gefährdungspotenzial klären und Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde ausschöpfen.

3. **Interpellation Nr. 2026.02** von Melanie Knuchel mit dem Titel: Trinkwasser für Datencenter in Beringen: Auswirkungen auf Neuhausen und Versorgungssicherheit

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller** vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen.
   An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt, Fristenerstreckung bis 31. Dezember 2024.

2. **Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli** vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.
   An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2024.

3. **Postulat Nr. 2025.01 von Thomas Leuzinger** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Einführung des 10-Minuten Taktes auf der Linie 7.
   An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.

4. **Postulat Nr. 2025.02 von Fabian Bolli** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Busangebot an Abenden und am Wochenende verbessern.
   An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.

5. **Postulat Nr. 2025.03 von Roland Müller** vom 24. März 2025 mit dem Titel: Informative Tafel beim Berbiceweg.
   An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.

6. **Postulat Nr. 2025.05 von Roland Müller** vom 1. Dezember 2025 mit dem Titel: Erstellung eines Parkierkonzepts und Erlass einer Parkierverordnung für Neuhausen am Rheinfall.
   An der ER-Sitzung vom 15. Januar 2026 als erheblich erklärt.

7. **Postulat Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer** vom 21. Januar 2026 mit dem Titel: Laufengasse.
   An der ER-Sitzung vom 7. Mai 2026 als erheblich erklärt.

8. **Postulat Nr. 2026.03 von Herbert Hirsiger** vom 7. Mai 2026 mit dem Titel: Schutz der Kinder des Kindergartens Charlottenfels.
   An der ER-Sitzung vom 11. Juni 2026 als erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

Keine pendenten kleinen Anfragen.

Der Einwohnerratspräsident Roland Müller begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, Gemeinderäte, die Medien und Gäste zur 6. Einwohnerratssitzung des Jahres 2026.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)
Sehr geehrte Dame und Herren Gemeinderäte, werte Ratskollegen und Kolleginnen

Das Schreiben des Gemeinderats zum Umgangston und zur Wahrung der parlamentarischen Ordnung wurde im Büro sowie in der GPK unterschiedlich beurteilt. Aus formaler Sicht liegen die darin enthaltenen Hinweise innerhalb der geltenden parlamentarischen Ordnung und stellen meines Erachtens keinen Verstoss gegen Artikel 20 Absatz 2 dar. Die Wortwahl in der betreffenden Sitzung war deutlich, bleibt jedoch im Rahmen des Zulässigen.
Ich persönlich bevorzuge eine respektvolle und sachliche Diskussionskultur, in der unterschiedliche Positionen klar formuliert werden können. Gleichzeitig gehört es zur politischen Debatte, dass Emotionen ihren Platz haben – sie sind Teil eines lebendigen Austauschs und spiegeln das Engagement der Beteiligten wider. Inwiefern eine prägnante oder emotionale Ausdrucksweise zweckdienlich ist, ist eine individuelle Einschätzung. Die Wählerinnen und Wähler beurteilen letztlich die politische Kommunikation.

Für mich wäre die Sache damit abgeschlossen, mir wurde aber schon mitgeteilt, dass es noch weiterte Erklärungen zu dieser Thematik gibt. Somit ist die Einwohnerratssitzung eröffnet.

ER Arnold Isliker (SVP)
Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat, Gemeinderätin, werte Gäste

Ich gebe hiermit eine Fraktionserklärung der SVP/EDU ab.

Werter Ernst

An der letzten Einwohnerratssitzung hast du die SVP als rechtsradikal und die SP Kollegen als linksradikal beschimpft, auch die FDP/Mitte hat deine Meinung abbekommen. Dass du den Gemeinderat desavouiert und als brandschwarze Lügner hingestellt hast, das ist schon starker Tobak. Wie man in den Wald ruft, altes Sprichwort, man weiss wie es weiter heisst, aber wie wäre das, wenn der Gemeinderat im gleichen Ton sich äussern würde. Das ist mittlerweile schriftlich geschehen.
Irgendjemand, entweder der Präsident, Christian Di Ronco oder auch ich, welchen du einmal als miserablen Unternehmer betitelt hast, kommt an einer Einwohnerratssitzung auf deine Menüliste. Eine Entschuldigung an den Gemeinderat wäre angebracht, wollen wir weiterhin in diesem Gremium mit Anstand und Respekt zusammenarbeiten. Ob jemand als Lügner hingestellt wird, überlassen wir lieber denen in Bern, Berlin oder Brüssel. Das darf man, aber derjenige ist in der Beweislast.
Wir sind ein zusammen gewürfelter Haufen, gewählt vom Volk, je nach Parteiengrösse. Jeder/Jede gibt sein Bestes, auch deine Vertreter im Gemeinderat, meistens in einem Referat, das auf ihn zugeschnitten ist. Dass dabei auch Fehlleistungen passieren können, ist menschlich. Der eine oder andere ist zartbesaiteter. Wir zwei würden das auf unsere Art nach der Sitzung erledigen.
Aber deine Behauptung, dass Bauprojekte vorgestellt vom Gemeinderat und abgesegnet vom Einwohnerrat und dem Stimmvolk, anders realisiert werden oder wurden, liegt völlig quer in der Landschaft. Auch deine Behauptung, auf der Pol. Seite bewege sich gar nichts und es werde nichts investiert, stimmt so nicht, das Gegenteil ist in nächster Zeit der Fall, wenn du die Investitionen der
Gemeinde betrachtest. Du liebäugelst mit einer Steuererhöhung, das liegt momentan völlig quer in der Landschaft, wo in nächster Zeit vieles teurer wird, und liegt nicht in der DNA der SP als Vertreter des arbeitenden Volkes.

Werter Ernst, man muss auch mal verlieren können und der Gegenseite recht geben, schlussendlich hat immer noch das Stimmvolk, das letzte Wort, deren Vertreter wir schlussendlich sind. Ernst lasse bitte den «Zweihänder» zu Hause und nimm die feinere Klinge. C'est le ton qui fait la Musique.

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag betreffend Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung.

2. Motion Nr. 2026.02 von Herbert Hirsiger vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Reglement zur punktuellen Videoüberwachung und Bussenkatalog.

3. Interpellation Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Abstimmung Neues Pflegezentrum der ÖRA « Altersheime und Spitex», Neuhausen.

4. Bericht und Antrag betreffend Initiative «für ein sicheres Velowegnetz» (Veloinitiative) und Gegenvorschlag

Noch nicht verhandlungsbereit:

5. Postulat Nr. 2026.04 vom 27.08.2026 von Fabian Bolli, Arnold Isliker und Nina Schärrer mit dem Titel: Beteiligung an der Rheinfall Managementgesellschaft prüfen.

6. Bericht und Antrag betreffend Mehr Bus für Neuhausen am Rheinfall (Angebotskonzept 2030 der vbsh) inkl. Kommissionsbericht.

7. Bericht und Antrag betreffend Neubau Schulhausareal Gemeindewiesen GB Nr. 186 inkl. Kommissionsbericht.

ER-Präsident Roland Müller (Grüne)
Wünscht jemand das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

Traktandum 1
Bericht und Antrag betreffend Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung.

Zuständige GR: GR-Präsident Felix Tenger

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst GR-Präsident Felix Tenger.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)
Herr Präsident, meine Damen und Herren

Der Bericht und Antrag bezüglich der Schaffung einer neuen Stelle für ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung liegt Ihnen vor.
Es handelt sich um eine neue Stelle. Ich habe Ihnen bereits versichert, dass wir nicht leichtfertig neue Stellen schaffen. Denn wir wissen alle, dass einmal geschaffene Stellen in diesem Rat nicht einfach wieder verschwinden. Sie bleiben auch nach einer Wiederbesetzung im Stellenetat bestehen und sind entsprechend im Budget und in der Jahresrechnung ersichtlich. Jede neue Stelle muss deshalb nachhaltig und entsprechend notwendig sein.
Im Bereich IT arbeiten wir seit vielen Jahren mit der ITSH zusammen. Diese übernimmt das Hosting. Das wird auch künftig so bleiben. Die ITSH wird diese Aufgabe weiterhin für uns wahrnehmen.
Daneben haben wir aber Dutzende von Fachapplikationen. Dazu gehören beispielsweise verschiedene spezialisierte Softwarelösungen, die in den einzelnen Abteilungen eingesetzt werden. Gerade in diesen Bereichen sind wir stark von den jeweiligen Lieferanten abhängig. In der Gemeinde fehlt uns teilweise die Fachkompetenz, um mit diesen Lieferanten auf Augenhöhe zu diskutieren – sowohl fachlich als auch technisch.
Diese Kompetenzen können wir nicht einfach von der ITSH beziehen. Die entsprechenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten liegen bei uns. Mit einer ICT-Fachstelle hätten wir diese Kompetenz im eigenen Haus. Wir könnten Verhandlungen mit den Lieferanten führen und hätten das notwendige technische Know-how, um auf Augenhöhe mit ihnen zu diskutieren. Es ist immer schwierig, wenn man bei einem Lieferanten stark abhängig ist und ihm fachlich nicht auf Augenhöhe begegnen kann.
Bei dieser Stelle geht es ausdrücklich nicht um den First-Level-Support. Dieser wird nach wie vor intern durchgeführt, und das funktioniert sehr gut. Wir haben drei Personen, die diese Aufgabe wahrnehmen. In diesem Bereich verfügen wir über viel Erfahrung, Fachverstand und Engagement.
Daneben haben wir aber zahlreiche eigene Projekte. Aktuell läuft beispielsweise die Einführung von CMI. Weitere Projekte stehen an, wie die digitale Signatur sowie eine neue Buchhaltungssoftware, die demnächst evaluiert wird. Hinzu kommen kantonale Projekte, bei denen in verschiedenen Bereichen ebenfalls ein Beitrag der Gemeinde Neuhausen beziehungsweise entsprechende personelle Ressourcen gefragt sind.
Wir haben also zahlreiche Projekte, die bereits laufen oder in nächster Zeit dazukommen werden. Diese Projekte werden heute vielfach nebenbei von den jeweiligen Abteilungsleitern begleitet. Wir sind überzeugt, dass solche Projekte mit einer IT-Fachperson effizienter und effektiver durchgeführt werden könnten. Die Abteilungsleiter hätten dadurch wieder mehr Zeit für

ihre eigentlichen Führungs- und Alltagsaufgaben, anstatt bei IT-Projekten zusätzlich die Projektleitung übernehmen zu müssen.
Auch die Digitalisierung ist für uns ein grosses Thema. Heute haben wir niemanden, der sich gezielt und effizient um diesen Bereich kümmert. Gerade bei abteilungsübergreifenden Aufgaben zwischen der Gemeindekanzlei und der IT-Abteilung wäre es sinnvoll, eine entsprechende Fachperson im Haus zu haben.
Diese Person könnte eine Digitalisierungsstrategie erarbeiten, diese zunächst mit dem Gemeinderat diskutieren und anschliessend schrittweise implementieren und umsetzen.
Auch für die IT der Schule wäre eine solche Fachperson sinnvoll. Die Schule arbeitet in diesem Bereich weitgehend separat, und mögliche Synergien werden bisher kaum genutzt. Es wäre deshalb sinnvoll, zu prüfen, ob es beispielsweise bei der Beschaffung oder bei den eingesetzten Softwarelösungen Synergien gibt. Dafür braucht es die entsprechenden Fachkenntnisse.
Wir sind überzeugt, dass eine solche Stelle für die Gemeinde einen hohen Mehrwert bringen würde.
Wir haben rund 150 Mitarbeitende. Im Heim sind es etwa 120 bis 130 Mitarbeitende, und in den Schulen haben wir rund 130 Lehrpersonen, die mit diesen Systemen arbeiten. Wir sind der Meinung, dass es nicht mehr ausreicht, die IT einfach nebenbei zu betreuen. Es braucht eine Person, die sich mehrheitlich um diese Bereiche kümmert – insbesondere um die Projektleitung, aber auch um die Digitalisierung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.
Wie bereits erwähnt, wurde die Stelle ausgeschrieben beziehungsweise der vorgesehene Beschäftigungsgrad definiert. Wir suchen eine Person mit einem Pensum von 60 bis 80 Prozent. Welches Pensum letztlich vorgesehen ist, hängt auch von der Erfahrung und Eignung der Kandidatin oder des Kandidaten ab.
Das bedeutet, dass die Lohnkosten sowohl vom Beschäftigungsgrad als auch vom fachlichen Profil der ausgewählten Person abhängen. Das war auch eine Frage der SVP: Welche Kosten sind für diese Stelle zu erwarten?
Zu den heute ausgewiesenen Kosten ist festzuhalten, dass es sich zumindest teilweise um direkte Einsparungen beziehungsweise entsprechende Aufwendungen in den betroffenen Bereichen handelt. Mittelfristig sind wir zudem überzeugt, dass es günstiger wird, eine Fachperson im eigenen Haus zu beschäftigen, als die entsprechenden Aufgaben auf viele Schultern zu verteilen, bei denen anschliessend jeder ein wenig etwas in diesem Bereich übernimmt.
Es geht darum, die Aufgaben zu bündeln, eine Fachperson gezielt einzusetzen und deren Wissen und Energie sinnvoll zu nutzen. Deshalb sind wir von dieser Stelle überzeugt.
Ich hoffe, dass Sie diese Überlegungen ebenfalls nachvollziehen können, und hoffe auf eine wohlwollende Aufnahme dieses Antrags.
Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Gibt es Wortmeldungen zum Eintreten?

ER Herbert Hirsiger (SVP)
Die EDU-/SVP-Fraktion ist einstimmig dagegen gewesen. Wir haben daraufhin einen Fragenkatalog an Gemeindepräsident Felix Tenger geschickt und eine hervorragende, klare und saubere Aussage erhalten. Zusätzlich haben wir weitere Informationen erhalten, die dazu geführt haben, dass die EDU und die SVP den Antrag nun komplett, voll und ganz unterstützen wird.

ER Peter Fischli (FDP)
Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, werter Gemeinderat und liebe Gäste

Gemäss gängiger Praxis rechnet sich ein fest angestellter (eigener) ICT-Berater in der Regel ab einer Unternehmensgrösse von 150 bis 250 Mitarbeitenden oder einem IT-Budget von ca. 1,5 bis 2 Millionen CHF pro Jahr. Ab diesen Schwellenwerten übersteigen die Kosten für externe Agenturen und das Risiko von Fehlentscheidungen meist das Gehalt einer internen Stelle.
Warum soll das bei einer Gemeinde anders sein? Wenn ich mich das Frage, dann kommt mir als zusätzliches Argument, welches für eine solche Stelle spricht, der verantwortungsvolle Umgang mit dem von den Steuerzahlern erarbeiteten Mitteln des Gemeindehaushalts in den Sinn.
Die Gemeinde Neuhausen ohne Alterszentrum hat aktuell 114 Vollzeit-Stellen aufgeteilt auf mehr als 150 Mitarbeitende. Die öffentlich-rechtliche Anstalt «Alterszentrum und Spitex Neuhausen am Rheinfall», welche 96 Stellen hat, nicht mitgezählt. Zusammen entspricht dies 220 Vollzeit-Stellen und übersteigt den empfohlenen Schwellenwert, wie eingangs erwähnt, deutlich.
Das reine ICT-Budget, Software und Hardware, ist aus dem Zahlenmaterial der Jahresrechnung 2025 nicht herauslesbar. Ein grosser Anteil wird im Bereich der Ausgabenpositionen 313 Dienstleistungen + Honorare mit CHF >3'800'000 und 315 Unterhalt Immobilien und immaterielles Vermögen mit CHF >637'000 in den Büchern stehen. Ich zweifle nicht daran, dass die Summe die CHF 1'500'000/Jahr übersteigt.
NB: Meine Vermutung hat sich auf Nachfrage hin zwischenzeitlich bestätigt, der ICT-Umsatz inkl. Schulen liegt zwischen 1,5-2 Mio. CHF pro Jahr. Damit ist auch das zweite faktenbasierte Kriterium, welches für einen eigenen ICT-Berater spricht, klar erfüllt.
Die FDP-Fraktion sieht den Nachweis der Sinnhaftigkeit

ER Matthias Koch (GLP)
Geschätzter ER-Präsident, Gemeinderat, Liebe Collegae

Der 1896 geborene Schriftsteller Murray Leinster traf bereits 1946 in seiner Kurzgeschichte «A Logic Named Joe» den Nagel auf den Kopf: «Die Computer haben die Welt verändert. Die Computer sind die Zivilisation. Wenn wir die Computer abschalten, fallen wir in eine Art von Zivilisation zurück, von der wir vergessen haben, wie sie geht.»
80 Jahre später berät der der Einwohnerrat über einen Bericht und Antrag betreffend Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung. Der Gemeinderat hat die Ausgangslage treffend umschrieben: «Die Bedeutung der Informatik und der Digitalisierung für die Gemeinde stark zugenommen.»
Auch die Bevölkerung hat veränderte Erwartungen – und zwar nicht nur bezüglich Zugänglichkeit , Verfügbarkeit und Effizienz, sondern auch in Bezug auf Informationssicherheit und Datenschutz!
Auch die Digitale Souveränität darf nicht länger ein Fachbegriff aus dem Fremdwörterbuch sein, sondern gehört m.E. in eine Digitalisierungsstrategie! Ich will wissen, wie meine Daten gespeichert und wie sie verarbeitet werden, wie sie geschützt sind vor ungerechtfertigtem Zugriff und Missbrauch. Es geht ja schliesslich um meine Daten!

ICT ist zu komplex und umfassend, um eine Nebensache zu sein, die ausgelagert und von den Fachabteilungen alleine bestritten wird.
Darum begrüsse ich die Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung, damit man sich nicht auf Nebengleisen verliert. Die Stelle hat ihren Preis. Der ist mit Blick auf den Arbeitsmarkt gerechtfertigt. Ebenso auch der Stellenumfang. Und das sage ich nicht nur aus Solidarität als ehemaliger Softwareentwickler, der technisch seit 13 Jahren von dieser Zunft längst abgehängt wurde...
Die Stelle hilft Doppelspurigkeit zu verhindern und zu beseitigen. Sie leistet einen Beitrag zur Datensicherheit, da sie sich um einheitliche IT-Richtlinien und Schnittstellen bemühen kann. Sie hilft übergreifende Lösungen zu ermöglichen, und bewahrt vor unschönen Hacks und Workarounds, die unter dem Strich oft teurer, umständlicher und unzuverlässiger sind als solide Lösungen.
Trotz meines zustimmenden Votums erhoffe ich vom Gemeinderat eine Klärung 5 Fragen, die sich mir stellen: Ich kann damit auch gerne noch bis zur Detailberatung warten...
Zur Digitalisierungsstrategie: (S.3)

- Wie wird die Wirksamkeit der Strategie bzw. der geschaffenen Stelle überprüft – damit sie kein Konzept für die Schublade bleibt? (S.3)
- Hat der Gemeinderat Ziele vordefiniert? (S.3)
- Finden in ihr auch Ziele zu Datenschutz, Digitaler Souveränität und Accessibility (Zugänglichkeit auch für Menschen mit einer Behinderung) Platz? (S.3)
- Gibt es eine Zeitlinie, bis die Strategie erarbeitet ist? (S.3)
- Dann ein ewiges Schlachtfeld: Wie wird verhindert, dass die Stelle (obwohl sie anders definiert ist) im First-Level-Support versumpft? (S.2)

Soweit meine Fragen.. Auch wenn sie sich heute nicht im Detail klären lassen, so sind sie meinerseits mit der Hoffnung verbunden, dass sie nicht an diesem Abend verklingen, sondern als konstruktiv-gemeinte Anregung mitgenommen werden.
Summa summarum: Als Fraktion stimmen wir dem Eintreten sowie Bericht und Antrag zu.

ER Christian Schenk (SP)
Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Gemeinderäte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Medienvertretende und Gäste

Die Bedeutung einer zuverlässigen ICT und zeitgemässer digitaler Prozesse für die Gemeindeverwaltung ist unbestritten. Die Zahl der Fachapplikationen und Schnittstellen wächst, die Anforderungen an Datenschutz und Informationssicherheit steigen, und die Bevölkerung erwartet zunehmend einfache digitale Zugänge zu den Dienstleistungen der Gemeinde.

Unsere Fraktion erachtet es deshalb als sinnvoll, die heute auf verschiedene Personen verteilten Aufgaben zu bündeln. Eine Fachperson kann die Verwaltung entlasten, externe Dienstleister kompetenter steuern, bereichsübergreifende Projekte leiten und die Digitalisierung koordinierter voranbringen.

Der Bericht lässt uns allerdings einen wesentlichen Punkt offen. Er beschreibt den Handlungsbedarf und die Aufgaben der neuen Stelle ausführlich, entwickelt daraus aber keine eigentliche Vision für die digitale Zukunft unserer Gemeinde. Auch ein konkreter Bezug zu den Legislaturzielen (z.B. «Die Gemeinde setzt innerhalb der Verwaltung die Möglichkeiten der Digitali-

sierung konsequent um.») fehlt. Wir hätten erwartet, dass aufgezeigt wird, wohin sich die digitale Verwaltung entwickeln soll, welche strategischen Ziele verfolgt werden und anhand welcher Ergebnisse der Erfolg der neuen Stelle beurteilt werden kann. Die Schaffung einer Stelle allein ersetzt noch keine Digitalisierungsstrategie. Dass zumindest im Ansatz eine solche besteht, hat der Gemeindepräsident einleitend ausgeführt. Ein erster Schritt – auf Grundlage welcher Gesamtstrategie?

Fragen wirft zudem die Pensendotierung auf. Die Vorlage nennt eine Bandbreite von 60 bis 80 Prozent. Angesichts des sehr breit gefassten Aufgabenbereichs – von der ICT-Koordination und Dienstleistersteuerung über die Projektleitung und Digitalisierung bis zur Supportkoordination und Zusammenarbeit mit der Schule – halten wir ein Pensum von lediglich 60 Prozent für kaum realistisch.
Wir würden deshalb eine Ausschreibung mit einem Beschäftigungsgrad von 80 bis 100 Prozent bevorzugen. Diese Bandbreite erweitert den Kreis geeigneter Bewerberinnen und Bewerber, ermöglicht eine bedarfsgerechte Besetzung und trägt der strategischen Bedeutung sowie dem Umfang der Aufgabe besser Rechnung.
Trotz der nicht ausformulierten Strategie anerkennen wir den ausgewiesenen Handlungsbedarf. Wir stimmen daher der Schaffung der Stelle und der entsprechenden Anpassung des Stellenplans zu. Gleichzeitig erwarten wir vom Gemeinderat, dass die neue Stelle nicht bloss operative Probleme verwaltet, sondern mit klaren Zielen und einer nachvollziehbaren Digitalisierungsstrategie verbunden wird.
Unsere Fraktion tritt auf die Vorlage ein, stimmt den Anträgen des Gemeinderats auf Schaffung dieser Stelle zu, beantragt aber gleichzeitig, das auszuschreibende Pensum auf 80-100 Prozent festzulegen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.
Wünscht GR-Präsident Felix Tenger das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)
Herr Präsident, meine Damen und Herren

Zunächst einmal vielen Dank für die wohlwollende Aufnahme.
Es sind jetzt bereits viele Detailfragen gestellt worden. Die eine oder andere kann ich sicher direkt beantworten. Bei einzelnen Punkten – wie Matthias bereits erwähnt hat – hätte ich mich besser vorbereiten können, wenn ich die Fragen vorher gewusst hätte. Ich kann die Antworten aber sicher nachliefern, sollte ich nun nicht alles beantworten können. Die wichtigsten Punkte kann ich aber sicherlich bereits jetzt erläutern.
Es geht bei dieser Stelle definitiv darum, die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Bereichen zu verbessern und möglichst viele Synergien zu nutzen. Auch die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit soll gefördert werden. Ein Abteilungsleiter kann solche übergreifenden Aufgaben nicht allein für die gesamte Verwaltung beurteilen. Dafür braucht es eine Person, die eine übergeordnete Sicht einnimmt und die verschiedenen Bereiche miteinander verbindet.
Die Frage nach der Wirksamkeit ist auch von der SP gekommen. Dazu können wir zunächst ganz klar festhalten, dass im Pflichtenheft festgehalten werden wird, dass der First Level Support nicht teil der Aufgaben dieser Stelle sein wird. Wir werden uns an diese Vorgaben halten.

Zudem haben wir die Möglichkeit, die Arbeit im Rahmen der entsprechenden Mitarbeiterbeurteilungen zu überprüfen.
Die Wirksamkeit können wir insbesondere anhand der Projektarbeit sehr genau beurteilen. Wir sehen, wie die Projekte umgesetzt werden, wie effizient sie durchgeführt werden und welche Ergebnisse dabei erzielt werden. Dazu kommen die Rückmeldungen und Einschätzungen der entsprechenden Abteilungen. Von daher bin ich der Meinung, dass wir die Wirksamkeit dieser Stelle sehr gut beurteilen können – wahrscheinlich sogar besser als bei manchen anderen Stellen.
Dann ist auch die Frage nach der Strategie aufgekommen. Eine eigentliche Digitalisierungsstrategie haben wir bisher noch nicht. Es wird deshalb eine der ersten Aufgaben dieser Stelle sein, sich dieses Themas anzunehmen und eine entsprechende Strategie zu erarbeiten.
Wir haben aber bereits auf die Legislaturziele hingewiesen. Anders, als es die SP dargestellt hat, haben wir diese Ziele durchaus berücksichtigt. Darin sind auch Themen enthalten, welche die Digitalisierung und die Kommunikation mit der Verwaltung beziehungsweise mit der Bevölkerung betreffen.
Die Gemeinde soll eine einfache Digitalisierung ermöglichen und den Kontakt sowie die Kommunikation mit der Verwaltung erleichtern. In diesem Bereich wird die neue Fachperson sicherlich aktiv werden.
Wir haben bereits erwähnt, dass wir im nächsten Jahr die Website überarbeiten wollen. In diesem Zusammenhang wird auch die Barrierefreiheit ein wichtiges Thema sein. Wie Matthias gesagt hat, wissen wir, dass wir diesbezüglich heute noch nicht vollständig barrierefrei sind. Das werden wir bei der Überarbeitung entsprechend berücksichtigen.
Selbstverständlich werden wir auch bei allen Dienstleistungen, die wir digital anbieten, darauf achten, dass diese möglichst barrierefrei zugänglich sind. In gewissen Bereichen sind wir allerdings auf Lösungen des Bundes oder des Kantons angewiesen. Gerade bei Dienstleistungen wie der Einwohnerkontrolle oder bei Anmeldungen handelt es sich teilweise nicht um Lösungen, die von der Gemeinde Neuhausen selbst entwickelt wurden. Hier bestehen Abhängigkeiten nicht nur von kantonalen sondern oft von eidgenössischen Systemen.
In diesem Bereich läuft bereits sehr viel. Es gibt auch grosse Anstrengungen, die entsprechenden Angebote für alle Menschen, mit oder ohne Einschränkungen, so einfach und zugänglich wie möglich zu gestalten.
Ein weiteres sehr wichtiges Thema ist die Datensicherheit. Nicht zuletzt angesichts der Vorfälle, die sich in letzter Zeit ereignet haben, ist dieser Bereich besonders relevant. Wir sind der Meinung, dass wir mit der ITSH grundsätzlich gut unterwegs sind. Mit einer zusätzlichen Fachperson hätten wir aber jemanden im Haus, der sich diese Themen noch genauer anschauen und die bestehenden Lösungen fachlich beurteilen könnte.
Dabei geht es auch darum, auf Augenhöhe mit den entsprechenden Anbietern und Fachstellen diskutieren zu können und gegebenenfalls weitere Hinweise einzubringen. Wenn Lösungen für den Kanton Schaffhausen und die Stadt Schaffhausen geeignet sind, müssen wir nicht nochmals etwas Separates entwickeln. Wir sollten uns dann ebenfalls entsprechend anschliessen. Mit einer eigenen Fachperson könnten wir uns in den zuständigen Gremien fachlich einbringen und gleichzeitig darauf achten, dass die Sicherheit bei allen diesen Themen einen sehr hohen Stellenwert hat.
Dann noch zur Frage der SP bezüglich der Dotierung der Stelle.
Es wurde eine Bandbreite von 60 bis 80 Prozent vorgesehen. Ob ein höheres Pensum sinnvoll wäre, hängt letztlich davon ab, welche Aufgaben die betreffende Person übernehmen kann.

Wir wissen, dass Informatikerinnen und Informatiker in den wenigsten Fällen zu 100% arbeiten.
Ich habe bereits gesagt, dass es auf die Eignung und die Fähigkeiten der jeweiligen Person ankommt. Wenn jemand beispielsweise ausschliesslich Projektleitungsaufgaben übernimmt, könnte ein Pensum von 60 Prozent durchaus ausreichen. Wenn jemand zusätzlich weitere Aufgaben abdecken kann, dürfte es eher in Richtung 80 Prozent gehen.
Das möchten wir bewusst davon abhängig machen, wer sich auf die Stelle bewirbt und welche Kompetenzen diese Person mitbringt. Der Gemeinderat benötigt dafür nicht zwingend ein Pensum von 100 Prozent. Wenn sich jemand auf eine Vollzeitstelle bewirbt, werden wir das selbstverständlich nicht grundsätzlich ausschliessen. Wir würden die Stelle aber zunächst weiterhin mit einem Pensum von 60 bis 80 Prozent ausschreiben.
Ich möchte deshalb klarstellen: Wenn sie eine Erhöhung auf 100 Prozent wünschen, würde dies an der aktuellen Ausschreibung mit einem Pensum von 60 bis 80 Prozent nichts ändern. Der Gemeinderat kann den Beschäftigungsgrad im Rahmen seiner eigenen Zuständigkeiten später gegebenenfalls bis um 30% entsprechend erhöhen.
Von daher benötigen wir heute keine Anpassung der Ausschreibung. Wenn Sie dem Antrag zustimmen möchten, können Sie das selbstverständlich gerne tun.
Ich hoffe, dass ich damit die meisten Ihrer Fragen beantworten konnte. Falls noch weitere Anliegen bestehen, gerne nachfragen, ich kann die Antworten noch nachliefern.
Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Seite 1 – keine Voten

Seite 2
ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)
Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Gäste

Gestatten Sie mir die Vorlage aus einem übergeordnetem etwas anderem Licht zu betrachten. Für mich ist dieser Bericht und Antrag nämlich auch ein Zeichen dafür, warum die Verwaltung wächst und wächst. Sehen sie, die Schaffung einer solchen Stelle ist wohl zwingend notwendig und logisch. Nur, zumindest ein Teil dieser Arbeit muss heute von bisherigen Arbeitsstellen erledigt werden. Wenn nun also eine solche neue Arbeitsstelle geschaffen wird, müsste man darum logischerweise die Pensen der bisher mit der Arbeit beschäftigten Mitarbeitenden um den entsprechenden Anteil kürzen. Das würde aber bedeuten, dass man einem bisherigen, guten Mitarbeitenden nahebringen müsste, dass sein Pensum um 20/30/40% gekürzt wird. Dies macht im Gegensatz zur Wirtschaft kein politischer Chef, schon aus menschlichen Gründen, irgendwie auch verständlich. Und so sucht sich der Miterbeiter bzw. die Mitarbeitende von einer Arbeit entlastet halt irgendwo eine andere Auslastung, die Lücke schliesst sich sozusagen von selbst. Und wenn dann die angestammten Angestellten ersetzt werden müssten, dann erinnert sich niemand mehr daran, dass dies eigentlich einmal nur ein 60/70/80 % Stelle war.

Die Verwaltung wächst nicht nur, weil neue Stellen geschaffen werden, sondern vor allem auch darum, weil alte Stellen nicht bereinigt werden.
Damit einigermassen alle verstehen, was ich meine. In einem fünfköpfigen Büro fallen durch die Einführung einer neuen IT - Technologie für jeden einzelnen rund 20% weniger Arbeit an, was also insgesamt eine Stelle ausmacht. Übrigens, das ist kein fiktives, sondern ein reales Beispiel. Glauben sie ernsthaft in der öffentlichen Verwaltung wird im klaren Gegensatz zu einem einfachen Handwerksbetrieb oder zu Unternehmen das Büropersonal auf 4 reduziert? Nein sicher nicht und irgendwie zumindest menschlich auch. Bundesrat Blocher, ich bin überhaupt kein Fan von ihm, aber wo er recht hat, hat er recht, hat dies aufgezeigt. Er hat nämlich nachgewiesen, dass in seinem Departement ohne grössere Leistungseinbussen, rund 20% der Stellen eingespart werden konnten.
Ich habe Verständnis für den menschlichen Mechanismus des Ausbaus des Gemeindepersonals. Deutlich weniger Verständnis habe ich dann aber, wenn bei der ersten Sparübung, die gleichen politischen Kreise, die jetzt hoffentlich diese Stelle bewilligen, wieder laut über die zu grosse und zu linke Verwaltung ausrufen – ist ja in der Stadt gerade geschehen. Nein die ausufernde Verwaltung ist kein politisches Problem, sondern ein Führungsproblem, die Vorlage kommt ja, sie haben es sicherlich bemerkt, aus dem bürgerlichen Lager.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)
Herr Präsident, meine Damen und Herren

Im Rahmen des entsprechenden Wachstums der Verwaltung möchte ich folgendes festhalten: Ernst hat sich wirklich die falsche Verwaltung ausgesucht, denn wir gehören zu den Gemeinden im Kanton, deren Verwaltung in den letzten Jahren im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum am wenigsten gewachsen ist, wenn wir anschauen, wie sich das Stellenwachstum in anderen vergleichbaren Gemeinden entwickelt hat.
Dabei haben wir stets darauf geachtet, dass wir zurückhaltend bleiben. Der gesamte Gemeinderat hat nur sehr wenige neue Stellen geschaffen.
Zuletzt hatten wir einen grösseren Anstieg. Dieser ist jedoch hauptsächlich auf das Schulmodell von Neuhausen zurückzuführen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums mussten dort entsprechend zusätzliche Stellen geschaffen werden. Dies hat die Bevölkerung auch so gewollt, mit der Einführung des neuen Schulmodells. Ansonsten sind wir auch in diesem Bereich sehr, sehr zurückhaltend gewesen.
Letztlich gibt es aber mehr Arbeit, nicht zuletzt, weil wir mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben. Auch die Arbeit selbst ist komplexer geworden. Früher konnten beispielsweise Baubewilligungen vielfach relativ problemlos erteilt werden. Heute müssen zwei oder drei Baubewilligungen teilweise rechtlich genauer beurteilt werden. Der Aufwand ist dadurch deutlich höher geworden.
Selbstverständlich schauen wir auch, ob es Bereiche gibt, in denen weniger Arbeit anfällt. Im Sinne der Nachhaltigkeit reduzieren wir dann entsprechend Stellen oder teilen den Mitarbeitenden neue Aufgaben zu.
Was wir ebenfalls machen: Wenn es zu einer Veränderung kommt, sei es durch eine Kündigung oder eine Pensionierung, überprüfen wir die betreffende Stelle erneut. Wir hinterfragen dann, ob eine Stelle in diesem Umfang weiterhin notwendig ist.
Selbstverständlich hat sich die Arbeit auch durch die Digitalisierung verändert. Ein Beispiel ist die Buchhaltung, bei der heute vieles eingescannt und elektronisch erfasst wird. Wenn man

den gesamten Prozess betrachtet, bedeutet das aber nicht unbedingt, dass der Aufwand geringer geworden ist. Vielmehr hat er sich verändert.
Heute wird das Geld beziehungsweise die Rechnung elektronisch erfasst und anschliessend geprüft. Dabei muss weiterhin sichergestellt werden, dass alles korrekt zugeordnet wurde. Es ergeben sich dadurch andere Tätigkeiten und andere Anforderungen.
Auch bei den elektronischen Workflows, beispielsweise bei der Erfassung und Verarbeitung von Rechnungen, haben wir festgestellt, dass der Gesamtaufwand nicht unbedingt kleiner geworden ist. Er hat sich vielmehr verändert. Es gibt heute mehr Tätigkeiten, die in den Bereich der Assistenzfunktionen fallen.
Insgesamt stellen wir deshalb nicht fest, dass der Personalaufwand durch die Digitalisierung automatisch sinkt.
Wie sich das Ganze weiterentwickelt, werden wir auch im Rahmen der Stellenplanung anschauen. Im November wollen wir diese Fragen erneut prüfen. Der Gemeinderat achtet sehr genau darauf, wie sich die Stellen und der Personalbestand entwickeln.
Ich glaube, wir können festhalten, dass die Verwaltung insgesamt nicht übermässig wächst. Natürlich gibt es aber Dienstleistungen, bei denen die Bevölkerung erwartet, dass diese möglichst einfach, schnell und unkompliziert erbracht werden. Diesen Erwartungen müssen wir selbstverständlich ebenfalls Rechnung tragen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Seite 3 – keine Voten

Seite 4 – keine Voten

Seite 5 – keine Voten

Seite 6 – keine Voten

Wird Rückkommen verlangt?
Das ist nicht der Fall.
Verstehe ich das richtig, Christian Schenk, du stellst den Antrag nicht?

ER Christian Schenk (SP)
Nein, die Argumentation von Felix Tenger hat mich insofern überzeugt, als dass es keine Auswirkungen hat. Darum würde ich den Antrag zurückziehen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Damit kommen wir zur Abstimmung über die Anträge auf Seite 6 der Vorlage. Diese lauten wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat die folgenden Anträge:

1. **Der Schaffung einer Stelle ICT-Koordination, Projektleitung und Digitalisierung mit einem Pensum von 80 % wird zugestimmt.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 17 Stimmen einstimmig zugestimmt.

2. **Stellenplan der Gemeinde wird entsprechend angepasst.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 17 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2
Motion Nr. 2026.02 von Herbert Hirsiger vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Reglement zur punktuellen Videoüberwachung und Bussenkatalog.

Ich erteile ER Herbert Hirsiger das Wort zur Begründung seiner Motion.

ER Herbert Hirsiger (SVP)
Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, sehr geehrte Frau Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Gemeindeschreiberin, geschätzte Presse und Gäste, liebe Kollegen und Kolleginnen

Warum habe ich diese Motion eingereicht? Grund dazu sind die Beanstandungen aus der Bevölkerung welche erneut bezüglich Verschmutzung an mich gerichtet wurden. Die Verschmutzungen haben zugenommen und finden Nachahmer. Waren es zuvor einzelne Hot Spots, sind es immer mehr Regionen. Es geht also um Beanstandungen aus der Bevölkerung, welche durch mögliche Videoüberwachungen reduziert werden könnten. Meist werden solche Vergehen als Bagatelle abgetan. Ist es wirkliche eine Bagatelle, wenn eine solche Verschmutzung zur Entwertung von Quartieren führt? Ist es eine Bagatelle, wenn mit diesem Vorgehen die Rattenpopulation gefördert und dadurch eine Gesundheitsgefährdung erhöht wird? Sind das Bagatellen, wenn Spielplätze beschädigt und Toiletten zerstört werden? Ist es eine Bagatelle, wenn der technische Betrieb Neuhausen überlastet wird und Steuergelder für mehr Personal eingesetzt werden muss? Sind es wirklich Bagatellen, wenn Autos ohne Nummernschilder Monatelang auf der Burgunwiese stehen und das Gras aus der Motorhaube wächst.
Das Litteringgesetz wird kaum umgesetzt, im Gegenteil Littering wird unterstützt. Tagelang werden kaputte Gegenstände auf öffentlichen Grund abgestellt mit dem Hinweis «Gratis» abzugeben, würde jedoch ein Tischlein mit Stuhl hingestellt, wäre das Geschrei bestimmt schnell gross. Es geht aber nicht nur um die Verschmutzung, es geht auch um Sicherheit bei der Überwachung.
Oft werden die Kosten als Gegenargument für Überwachungen eingebracht. Jedoch verursacht beides Kosten, mit dem Unterschied, dass bei einem Vorgehen Kosten verursacht werden aber auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht ernst genommen wird. Littering muss teuer sein, nur dann tritt eine Verbesserung ein.
Videoüberwachungen im Südtirol zeigen eine überraschend hohe Akzeptanz und die resultierenden Optimierungen und Einsparungen sind anscheinend markant. Die gefühlte Sauberkeit wie auch Sicherheit hat sich in der Bevölkerung verbessert.
Ich komme zum Bussenkatalog: der Bussenkatalog ab CHF 300.00 an aufwärts soll abschrecken. Bei Mehrfamilienhäusern sollen die Kosten an die Verwaltung eingereicht werden – die sind dafür zuständig, dass die Verunreinigungen auf alle Mieter verteilt werden.
Unterhalb der Zubablöcke liegen wieder Möbel und andere Abfälle im Wäldchen. Man kann sich wehren, man kann telefonieren aber geschehen tut nichts.
Es ist auch wenig überraschend, dass während der Sommerferien die Verunreinigungen in den Hotspots extrem nachlassen.

Die Schweiz gilt noch als sauberes Land, andere Länder haben uns überholt. Der Rheinfall ist für Touristen eine Attraktion, Neuhausen ist ein Teil davon und bietet die Möglichkeit dieses Image zu zeigen. Diese kleine Überwachung führt zu einem positiveren Erscheinungsbild. Wir wollen, dass die Touristen länger in der Region verweilen, bieten wir uns mit einem frischen sauberen Neuhausen an, laden wir sie als Gäste ein.
Nicht hinschauen heisst, die Verrohung der Gesellschaft zu unterstützen und zu fördern!

Ich nehme die Bevölkerung die sich korrekt verhaltet sehr ernst und setzte mich als Einwohnerrat für sie ein. Ich danke euch, sollte ich Unterstützung bekommen!

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Das Wort für die gemeinderätliche Antwort hat GR Christian Di Ronco.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)
Geschätzte Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende

Der Gemeinderat nimmt zur Motion betreffend ein Reglement zur punktuellen Videoüberwachung und einen Bussenkatalog von Herbert Hirsiger wie folgt Stellung.
Die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund beschäftigt den Gemeinderat schon länger. Er hat nun beschlossen, in der laufenden Legislatur eine Lösung zu erarbeiten.
Gleichzeitig ist es dem Gemeinderat wichtig, klarzustellen, dass die in der Motion geäusserte Einschätzung, wonach die Gemeinde generell vernachlässigt sei, nicht teilt. Die grosse Mehrheit unserer Einwohnerinnen und Einwohner entsorgt ihren Abfall korrekt und trägt viel zu einem gepflegten Ortsbild bei. Neuhausen am Rheinfall präsentiert sich insgesamt sauber und geordnet. Hinweise auf eine flächendeckende Verwahrlosung bestehen nicht.
Der Motionär weiss darauf hin, dass auch Touristinnen und Touristen die Gemeinde teilweise negativ beurteilen würden.
Der Gemeinderat nimmt Rückmeldungen ernst. Er stellt jedoch fest, dass die touristischen Bewertungen insgesamt sehr positiv ausfallen. Sowohl rund um den Rheinfall als auch innerhalb der Gemeinde werden die Sauberkeit, die Infrastruktur und Aufenthaltsqualität regelmässig positiv beurteilt. Einzelne kritische Stimmen beziehen sich meistens auf stark frequentierte Orte oder spezifische Situationen, nicht aber auf das Gesamtbild der Gemeinde.
Tatsächlich gibt es einige wenige Hotspots, an denen regelmässig illegale Abfallablagerungen und Littering auftreten. Insbesondere an einzelnen Sammelstellen wird immer wieder Abfall neben den Containern deponiert, was zusätzliche Kosten der TBN verursacht. Das hat auch der Motionär ausgeführt.
Auch punktueller Vandalismus an öffentlichen Anlagen, beispielsweise bei Schulen oder öffentlichen Toiletten, ist ein wiederkehrendes Thema. Die in der Motion beschriebenen Probleme treten jedoch punktuell und nicht flächendeckend auf.
Ein wichtiger Hinweis betrifft die Abfallstandorte auf privatem Grund. Hier liegt die Verantwortung für die Entsorgung und eine allfällige Überwachung bei den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern. Wie wird das heute gehandhabt? Wird der nicht korrekt bereitgestellte Abfall, von der Müllabfuhr mitgenommen bekommt die Verwaltung eine Rechnung. Kann der Abfallsünder ermittelt werden wird ihm diese weiterverrechnet.
Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Einführung einer Videoüberwachung bei einigen Menschen Sorgen auslösen könnte, insbesondere die Befürchtung eines Überwachungsstaates. Diese Sorgen nimmt der Gemeinderat ernst.
Es ist ausdrücklich nicht das Ziel, flächendeckend Kameras zu installieren oder den öffentlichen Raum umfassend zu kontrollieren. Vielmehr geht es um punktuelle, klar begrenzte, temporäre und verhältnismässige Massnahmen an Orten, an denen wiederholt konkrete Probleme auftreten – sei es durch illegale Abfallablagerungen, Littering oder Vandalismus.
Die Videoüberwachung dient ausschliesslich der Sicherung öffentlicher Anlagen, der Wahrung der Ordnung und der Ermittlung von Verursachern, wenn andere Massnahmen nicht ausreichend wirksam sind.
Der Gemeinderat orientiert sich dabei an der Praxis anderer Gemeinden und Städte. Sowohl die Stadt Schaffhausen als auch verschiedene weitere Gemeinden im Kanton und in der Schweiz setzen seit Jahren gezielt und rechtskonform Videoüberwachung ein. Dies geschieht stets unter gesetzlichen Vorgaben, mit klar definierten Standorten und transparenten Regeln zur Datenbearbeitung.

Diese Erfahrungen zeigen, dass eine massvolle und zweckgebundene Videoüberwachung einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit leisten kann, ohne die Freiheitsrechte der Bevölkerung unverhältnismässig einzuschränken.
Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Videoüberwachung an ausgewählten öffentlichen Orten zur Verbesserung der Situation beitragen kann, insbesondere an jenen Hotspots, an denen herkömmliche Massnahmen bisher nicht ausreichend gewirkt haben.
Wie bereits ausgeführt, betrifft dies insbesondere auch das Abfallwesen. Als Beispiel kann der Vorfall bei der Rhyfallhalle genannt werden, bei dem Scheiben eingeschlagen wurden. Der entstandene Schaden war beträchtlich und belief sich auf rund 15'000 Franken. Eine Videoüberwachung hätte möglicherweise dazu beitragen können, den Vorfall vollständig aufzuklären.
Der Gemeinderat hat zwischenzeitlich die notwendigen Vorlagen für den Einwohnerrat erarbeitet und in erster Lesung verabschiedet. Dazu gehören die Teilrevision der Polizeiverordnung, das Reglement über die Videoüberwachung sowie der entsprechende Bericht und Antrag an den Einwohnerrat.

Der kantonale Datenschützer hat aufgrund der ihm zugestellten Unterlagen bereits seine Zustimmung erteilt. Die Unterlagen liegen deshalb derzeit beim Finanzdepartement zur Vorprüfung. Anschliessend wird die Vorlage dem Einwohnerrat unterbreitet.
Ein Bussenkatalog für Abfallsünder auf der Grundlage der Abfallverordnung, wie ihn der Motionär beschrieben hat, besteht bereits. Der Gemeinderat wird die entsprechenden Bestimmungen und Zuständigkeiten überprüfen und eine Überarbeitung veranlassen, damit die Anwendung und Durchsetzung der Regelungen klarer und wirksamer gestaltet werden können.

Da auch die Polizeiverordnung überarbeitet werden muss, sollen weitere Punkte berücksichtigt werden. Dazu gehören die Regelungen zum Silvesterfeuerwerk sowie eine Anpassung im Zusammenhang mit der Einwohnerkontrolle.
Obwohl die Arbeiten bereits weit fortgeschritten sind, nimmt der Gemeinderat die Motion entgegen. Wird sie überwiesen, bestätigt dies die strategische Stossrichtung des Gemeinderates und stärkt den politischen Rückhalt für die laufenden Arbeiten.
Besten Dank.

ER Matthias Koch (GLP)
«Wir leben in einem sehr heruntergekommenen Zeitalter. Von Grund auf verdorben, voller Ungeduld und ohne jede Selbstbeherrschung. Das sind sehr bedenkliche Zeichen, und man muss vermuten, dass sich darin Verderben und Untergang des Menschengeschlechts drohend ankündigen.»
Das sind nicht meine Worte, sie stammen aus einer ägyptischen Inschrift, ca. 2000 Jahre v. Chr.
Die Sorge um die Verrohung der Gesellschaft ist uralt. Ebenso alt sind es die Probleme des Zusammenlebens: Unangenehme Hinterlassenschaften, Kritzeleien, Verschmutzungen
Anderes Beispiel: McDonalds wurde zwar erst 1955 gegründet. Die wohl ältesten unsachgemäss entsorgten Wegwerf-Reste von Fastfood-Verpackungen stammen allerdings aus dem 4. Jahrtausend v.Chr., Mesopotamien (heutiger Irak).
Das Alter dieser Beispiele darf aber nicht dazu verleiten, einfach abzuwarten, nichts zu tun, es auszusitzen.
Und das geschieht in Neuhausen auch nicht. Der GR ist dran. Wir haben unsere Problemzonen, es gibt Verschmutzung, aber es wird auch gut wieder aufgeräumt, meist zeitnah. Dafür sei den Mitarbeitenden der TBN herzlich gedankt!
Unser Gemeinderat ist an einem Reglement und dessen Umsetzung dran. Das darf nicht tausende Jahre dauern, aber nimmt doch Zeit in Anspruch, muss doch die Polizeiverordnung angepasst werden, wie es der Datenschützer empfohlen hat.
Ob wir in Zeiten der Verrohung leben oder nicht – soll jeder selber urteilen.
Doch eins ist klar: Wir leben in Zeiten, wo punkto Datenschutz höchste Sorgfalt angesagt ist.
War man bis vor kurzem noch durch die technologischen Grenzen zurückgebunden, so muss man heute aktiv und als verantwortungsvolle Politik Grenzen setzen: Weil niemand von uns in

einem Überwachungsstaat leben will. Die Ausrede: Wer nichts Schlimmes tut, hat nichts zu befürchten, ist aufgrund der technischen Möglichkeiten (und ethischen Unmöglichkeiten) längst als irreführend und veraltet entlarvt worden. Das Missbrauchspotential ist zu gross.
Darum begrüsse ich die Sorgfalt des Gemeinderats. Das braucht Zeit und unsererseits Geduld. Aber es hält dann den Anforderungen unserer Zeit stand, jenen punkto Sauberkeit und jenen punkto Datenschutz.
Wir von der Fraktion GLP-Die Mitte begrüssen das Vorgehen des Gemeinderats, das an klar definierten Brennpunkten bei den öffentlichen Sammelstellen mit (temporären) Videoüberwachung beginnt. Ein Soviel-wie-nötig und ein So-wenig-wie-möglich.
Ebenso begrüssen wir die Bussenkaskade, die mit einer Ermahnung beginnt, und sich dann immer mehr steigert.
Als Fraktion stimmen wir der Überweisung der Motion zu, obwohl seitens des Gemeinderats schon viel im Gange ist. Doch ist es uns wichtig, dass dieses Anliegen angepackt wird, die Motion verleiht dem den notwendigen Nachdruck.

ER Thomas Leuzinger (SP)
Lieber Einwohnerratspräsident, Liebe Einwohnerrätinnen und Räte, lieber Gmeinderätin und Gemeinderäte, liebe Presse und liebe Gäste

Die SP/Grünen-Fraktion ist nach zwei Diskussionsrunden zu einer einheitlichen Meinung gelangt. Die Fraktion ist natürlich ebenfalls der Meinung, dass Neuhausen nicht zum «Schweinestall» verkommen soll. Dennoch lehnt die Fraktion den Vorstoss geschlossen ab, dies aus verschiedenen Gründen.
Der erste Grund ist ein rechtlicher: Die Videoüberwachung kann und darf das Ziel, das in der Motion genannt wird, gar nicht erfüllen, ansonsten wäre die Umsetzung klar rechtswidrig. Der Vorstoss will nämlich nicht, dass Recht und Ordnung umgesetzt werden, sondern das Ordnung vor Recht gelten soll. Kurz: die Forderung ist gesetzeswidrig und mit geltendem Recht nicht vereinbar.
Wir haben in unserem Kanton ein Gesetz über den Schutz von Personendaten und ein Polizeigesetz. Diese sind sehr klar darin, was mit Videoüberwachung gemacht werden darf und was eben auch nicht.
Es ist nicht vorstellbar, dass die Videoüberwachung überhaupt auf legalem Weg für den vom Motionär erwähnten Zweck, nämlich der Verhinderung vom Abfall, eingesetzt werden darf. Ausser, der Einwohnerrat foutiert sich um Gesetze.
Videoüberwachung gilt als schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Sie ist nur zulässig, wenn mildere Massnahmen versagt haben.
Die Gemeinde muss also erst nachweisen, dass verstärkte Reinigung, Beleuchtung, Infotafeln, Abfalleimer oder andere Massnahmen das Problem nicht lösen konnten. Diese Massnahmen sind aber offensichtlich nicht in Angriff genommen worden, wie der Motionär schreibt. Der Gemeinderat habe nichts unternommen, sondern gebe der Einfachheit halber der «Verrohung der Gesellschaft» die Schuld, können wir da nachlesen.
Nun, eine Überwachung «einfach nur so» zur präventiven Wahrung der allgemeinen Ordnung ist klipp und klar verboten. Das Ziel muss immer die Verhinderung und Ahndung von echten Straftaten sein.
Eine Straftat ist Littering aber eben genau nicht. Es ist lediglich eine Übertretung – dafür dürfen die teuer erstellten Videoaufnahmen gar nicht ausgewertet werden. Man müsste also darauf hoffen, dass sich niemand mit Gesetzen auskennt und alle genug ahnungslos sind, um sich tatsächlich abschrecken zu lassen.
Wir teilen diesen Glauben nicht, dass eine Videokamera wirklich die Situation verbessern wird. Wer seinen Abfall irgendwo entsorgen will, der kann das immer noch machen – Kameras hin oder her.
Es gibt klare und eindeutige Gerichtsentscheide, die Ihnen den Einsatz von Videoaufnahmen in genau dem vom Motionär erwähnten Einsatzbereich verbieten.

Umso befremdlicher ist es darum aus unserer Sicht, dass der Gemeinderat den Vorstoss nicht ablehnt, weil er gegen geltendes Recht verstösst.
Aus unserer Sicht stellt sich darum die Frage: Was ist es für ein Zeichen, wenn wir für die Einführung von Videoüberwachung gegen Gesetzesverstösse selbst geltende Gesetze nicht so ernst nehmen?
Und was ist es für ein Signal, das wir an all die Leute aussenden, die keine Schuld trifft – also wenn wir die grosse Mehrheit der Bevölkerung unter Verdacht stellen, sie würden Gesetze brechen, und sie mitfilmen und mitüberwachen? Eine freundliche Umgebung stellt sich nicht dadurch ein, dass man aggressiv Massnahmen ergreift und alle unter Generalverdacht stellt. Der Gemeinderat sendet vielmehr das Signal aus, dass er diese «Verrohung» durchaus selbst weitertreiben will.
Sie wollen die Menschen in Neuhausen nun also überwachen – was wie erwähnt ein schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist. Aus unserer Sicht darf dieser Entscheid nicht so leichtfertig beschlossen werden wie in dieser Motion.
Und es ist irritierend, wenn der Gemeinderat nun plötzlich einen anderen Verwendungszweck nennt als der Motionär gefordert hat. Die Motion bleibt ja in ihrem Wortlaut bestehen. Das weckt falsche Erwartungen.
Ja, eine Videoüberwachung wird wohl vordergründig den Eindruck erwecken, als hätte man «etwas getan». Das wird uns aber die nächsten Jahre wiederkehrend einiges kosten. Und am Ende werden wir zum Schluss kommen, dass die Probleme nach wie vor dieselben sind und die Videoüberwachung gar nichts gebracht hat, um die Forderungen des Motionärs zu erfüllen. Das steht ja jetzt schon fest, weil wie die Kameras für diesen Zweck wie gesagt gar nicht eingesetzt werden dürfen.
Und ob die punktuelle Videoüberwachung dann wirklich genau auch dort erfolgt, wo sie gebraucht würde, ist mehr als fragwürdig.
Wir fordern die bürgerliche Ratsseite auf, diese Motion zurückzuziehen und nochmals genau zu überlegen, was genau mit der Videoüberwachung bezweckt werden soll. Und zwar ohne eine Forderung zu enthalten, deren Umsetzung gegen Gesetze verstösst. Mit der Umsetzung gemäss der Motion werfen Sie das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bereitwillig und für absolut keine Wirkung zum Fenster hinaus.
Wenn der Gemeinderat die Videoüberwachung unabhängig davon einführen will, soll er das wie angekündigt aus eigenem Antrieb und auf einer soliden rechtlichen Grundlage machen – und nicht gestützt auf diese Motion.
Die vorliegende Motion in ihrem Wortlaut können wir so deshalb nicht unterstützen. Wir sind für wirkungsorientierte Massnahmen mit einem klaren Ziel offen. Beides ist in der Motion nicht gegeben.
Weil die Umsetzung der Motion rechtswidrig wäre, weil die Wirkung nicht den gewünschten Erfolg bringen kann und weil hiermit Sand in Augen der Bevölkerung gestreut und ihnen das Geld für eine nutzlose Massnahme aus der Tasche gezogen wird, lehnen wir diese Motion klar ab. Vielen Dank.

ER Marco Torsello (FDP)
Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Für die FDP-Fraktion ist klar: Eine attraktive Gemeinde braucht einen sauberen öffentlichen Raum und Orte, an denen sich die Bevölkerung sicher und wohl fühlt. Wer öffentliche Anlagen mutwillig beschädigt, Abfälle illegal entsorgt oder durch Littering zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit verursacht, handelt nicht nur rücksichtslos, sondern belastet letztlich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Eigenverantwortung und Respekt vor fremdem und öffentlichem Eigentum gehören für uns zu den Grundvoraussetzungen eines funktionierenden Zusammenlebens.

Die FDP teilt allerdings die sehr zugespitzte Beschreibung der Situation in der Begründung der Motion nicht in allen Punkten. Wir erleben Neuhausen nicht als eine Gemeinde, in der Vandalismus, Verschmutzung und Unsicherheit flächendeckend den Alltag bestimmen oder in der von einer generellen «Verlotterung» gesprochen werden müsste. Solche Verallgemeinerungen werden unserer Wahrnehmung und unserer Gemeinde aus unserer Sicht nicht gerecht. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass bestehende Probleme mit Littering, illegaler Abfallentsorgung oder Vandalismus verharmlost werden sollen.
Gerade deshalb haben wir Sympathien für den eigentlichen Kern der Motion. Gefordert wird ausdrücklich eine punktuell eingesetzte Videoüberwachung mit einem Plan jener Plätze und Orte, an denen eine solche Überwachung erfolgen könnte, ergänzt durch einen Bussenkatalog. Eine gezielte Videoüberwachung an ausgewiesenen Hotspots, an denen es wiederholt zu konkreten Vorfällen gekommen ist, kann aus unserer Sicht ein verhältnismässiges Instrument sein. Sie kann präventiv und abschreckend wirken und dort, wo dennoch Sachbeschädigungen oder andere Verstösse erfolgen, zur Identifikation der Verursacher beitragen.
Für uns ist dabei die Verhältnismässigkeit zentral. Die FDP will keinen gläsernen Bürger und keine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums. Freiheit und Privatsphäre sind liberale Grundwerte. Wo jedoch aufgrund konkreter Erfahrungen ein ausgewiesenes öffentliches Interesse besteht, kann eine klar begrenzte, rechtlich sauber geregelte und transparente Videoüberwachung gerechtfertigt sein.
Die FDP Neuhausen steht deshalb dem Anliegen der Motion grundsätzlich positiv gegenüber. Entscheidend wird für uns sein, dass eine Umsetzung gezielt, verhältnismässig und datenschutzkonform erfolgt und sich auf jene Orte beschränkt, an denen ein tatsächlicher Handlungsbedarf besteht.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Möchte Gemeinderat Christian Di Ronco zu den Wortmeldungen der Fraktionen antworten?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)
Ja, danke, nur kurz.
Ich kann die SP-Fraktion beruhigen: Es wird ein gesetzeskonformes Reglement geben. Der Datenschutzbeauftragte hat die entsprechenden Unterlagen bereits geprüft und seine Zustimmung erteilt. Wir würden selbstverständlich nichts machen, was nicht gesetzeskonform ist.
Auch der Motionär lässt den entsprechenden Spielraum offen, sodass wir die konkrete Ausgestaltung der Regelung entsprechend vornehmen können.
Unabhängig davon, ob die Motion überwiesen wird oder nicht, werden wir den Bericht und Antrag dem Einwohnerrat so oder so vorlegen und das weitere Verfahren entsprechend fortsetzen.
Ein weiterer Punkt betrifft die Aussage der SP, wonach eine solche Videoüberwachung grundsätzlich verboten sei. Das ist nicht der Fall. Sonst hätten weder die Stadt Schaffhausen noch andere Gemeinden in unserem Kanton eine Videoüberwachung einführen können.
Von daher gibt es durchaus einen gangbaren Weg, auf einer soliden rechtlichen Grundlage eine entsprechende Lösung umzusetzen.
Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Gibt es weitere Wortmeldungen.
Möchte der Motionär Herbert Hirsiger vor der Abstimmung noch das Wort?

ER Herbert Hirsiger (SVP)
Ja, herzlichen Dank für die Worte.
Ich möchte nochmals Folgendes festhalten: Am 24. März 2025 habe ich eine kleine Anfrage bezüglich der Verschmutzung eingereicht. Damals hat uns der Gemeinderat geantwortet, dass er ein entsprechendes Reglement erarbeitet habe und dieses zur Überprüfung nach Schaffhausen eingereicht worden sei.

Ich wurde erneut von verschiedenen Personen aus der Bevölkerung auf dieses Thema angesprochen. Leider haben wir einen solchen Hotspot, und deshalb setze ich mich dafür ein.
Ich werde die Motion in der Form, in der ich sie jetzt eingereicht habe, nicht zurückziehen.
Selbstverständlich bin ich aber mit dem Vorgehen des Gemeinderates einverstanden.
Besten Dank.

ER Dimitrij Ruh (SP)
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

In der Begründung erwähnt der Motionär, dass auch die schönen Spielplätze dem Vandalismus ausgesetzt sind, und daraus entnehme ich, dass sie dementsprechend ebenfalls auf eine Videoüberwachung geprüft werden sollen

Die meisten Familien in unserer Gemeinde wohnen im dichtbebauten Zentrum, das nur wenig Naturraum bietet. Meist sind es die Spielplätze, die den einzigen öffentlichen Naturraum im Siedlungsgebiet stellen. Nicht jedes Kind hat das Privileg, in einem Einfamilienhaus leben zu können, das von einem Garten umgeben ist. Die Spielplätze im Zentrum sind sozusagen die Gärten für die meisten Kinder unserer Gemeinde. Es ist ein Raum, der nur für sie geschaffen ist, in dem sie sich treffen können, ganz ohne die Obhut von Lehrpersonen oder den Eltern. In diesen Raum einzudringen und ihn mit Videokameras auszustatten, wird wohl oder übel diesen Raum zerstören.

Ich möchte Sie alle hier im Raum fragen: Wie sollen die Kinder und Jugendlichen dieses Statement der Politik verstehen? Wieso werden sie unter Generalverdacht gestellt? Wieso dürfen sie nicht mehr nur unter sich sein? Welchen Raum wollen wir dann den Jugendlichen geben, an dem sie nur unter sich sein können?

Ich bitte daher, auch sollte die Motion angenommen werden, vorsichtig zu sein, bzw. davon abzusehen, wenn öffentliche Spielplätze Videoüberwacht werden sollten.

ER Herbert Hirsiger (SVP)
Lieber Dimitri

Neben der Burgunwiese haben wir einen Spielplatz. Dort waren Kinder, die auf das Schattendach gestiegen sind und dieses beschädigt beziehungsweise zerrissen haben. Sie haben das nicht absichtlich gemacht. Die Gefahr, die dabei entstanden ist, besteht jedoch darin, dass Kinder herunterfallen können.
Daraufhin ist ein Grossvater zu den beiden Mädchen hingegangen und hat sie freundlich gebeten, wieder herunterzukommen. Als Antwort hat er zusammen mit seiner Frau zu hören bekommen: «Haut ab, sonst holen wir unsere grossen Brüder.»
Ich bin deshalb der Meinung, dass eine Überwachung allein nicht unbedingt etwas nützt. Man darf aber nicht davon ausgehen, dass sich alle Kinder immer so verhalten, wie man es von ihnen erwarten würde, oder dass ihnen nicht bewusst ist, was sie tun.
Insbesondere bei älteren Kindern, die überhaupt auf solche Schattendächer hinaufsteigen können, sehe ich hier ein Problem.
Danke.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Motion erheblich erklären will, hebe bitte die Hand.
Wer die Motion nicht erheblich erklären will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Sie haben die Motion mit 10 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung erheblich erklärt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3
Interpellation Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer vom 6. Mai 2026 mit dem Titel: Abstimmung Neues Pflegezentrum der ÖRA « Altersheime und Spitex», Neuhausen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Ich erteile ER Ernst Schläpfer das Wort zur Begründung seines Vorstosses.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)
Nein

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Das Wort für die gemeinderätliche Antwort hat Gemeindereferent Christian Di Ronco.
Er wünscht ebenfalls das Wort nicht. Ich frage den Interpellanten an, ob er Diskussion verlangt.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)
Ja

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Das Wort ist frei für die Diskussion.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)
Vorab danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und das beigelegte, eingeholte Gutachten. Ich habe die Antwort etwa so erwartet und auch das entsprechende Gutachten. Sie sind inhaltlich und juristisch sauber, aber moralisch genauso grenzwertig wie etwa meine « Lüge» an der letzten Sitzung.

Erlauben Sie mir etwas auszuholen:

Mich beschäftigt schon sehr lange die Frage, warum lügen Politiker eigentlich so häufig. Damit sie das verstehen, weise ich auf meine Herkunft hin: Ich bin ausbildungsmässig nämlich Wissenschaftler. In der Wissenschaft müssen sie jede Aussage beweisen, kann ihnen nachgewiesen werden, dass sie irgendwo geschummelt haben, oder gar nur, dass sie etwas, ohne zu zitieren abgeschrieben haben, kann ihnen jederzeit z.B. der Doktortitel weggenommen werden, Lügen oder sogar nur Schummeln sind in der Wissenschaft tabu. Sie wissen, dass ich ein zweites Bein im Spitzensport hatte. Die Regeln im Sport sind durch einen Schiedsrichter überwacht, schummeln nicht möglich, fragen sie Breel Embalo. Ja es geht im Sport sogar noch viel weiter, durch die gemeinsame Ethikcharta muss sich ein Sportler sogar neben dem Wettkampf «sportlich» verhalten. Und wenn es dann einer doch probiert, führt dies zu langen Kommentaren der gesamten Presse und wohl auch des Volkes, denken sie an Fischer oder Xhaka, wo sogar ein eigentlich unbedeutendes Fehlverhalten, das viele andere wohl auch gemacht haben, zur Sperre oder zumindest zu einem ausgiebigen, moralischen Kommentar von Robin Blank in den SHN führt.

Bei der Politik gilt das alles nicht, da wird geschummelt, beschönigt und gelogen, was das Zeug hält. Das Volk hat das schon lange bemerkt, symptomatisch dafür der gestrige Rabenau, der da lautete: Frage: Mein Sohn lügt wie gedruckt, was soll bloss mal aus ihm werden? Antwort: Makler, Wetterfrosch oder Politiker.

Ja genau das ist die Meinung, des gemeinen Volkes und wenn ihr nun der Meinung seid, der Neuhauser Gemeinderat und der Neuhauser Einwohnerrat und sowieso die Parteien, seien davon ausgeschlossen, dann sorry, diesmal lebt ihr in einer anderen Welt.

Und ebenso erstaunt bin ich dann ab dem Parlament oder dem Volk, während sie sich bei einem Fehlverhalten eines Sportlers jämmerlich aufregen, wenn ein Fehlverhalten auftritt, darf ein Politiker vertuschen, schummeln, verdrehen, nur die halbe Wahrheit sagen und das Parlament oder das Volk stimmt ihm sogar des Öftern zu.

Sie werden sich nun fragen, was das alles bitte mit meiner Interpellation zu tun hat. Die Antwort ist einfach: Die Schaffung der ÖRA Altersheim und Spitex fusst genau auf einer solchen Lüge. In der Abstimmungsvorlage vom September 2018 steht nämlich: Die Auslagerung hat vor allem finanzielle Gründe. Gespräche mit Geldgebern haben gezeigt, dass eine Finanzierung nur als separat betrachtete Einheit möglich ist.

Jakob Walter, Roland Müller und ich waren von den wenigen, die damals behauptet haben, es geht gar nicht um die Finanzierung, es geht ganz einfach um die Ausschaltung des Volkes, so können ein paar wenige unter gütiger Mithilfe des Gemeinderates jegliche Demokratie nach gewonnener Abstimmung verhindern. Mit dem vom Einwohnerrat erlassen Anstaltsreglement vom 5. Juli wurde dann endgültig noch besiegelt, dass Volk nun gar nichts mehr zu sagen hatte.

Dabei wurde die Gemeinde Neuhausen durch die Einsetzung dieser ÖRA massiv geschädigt. Sie muss nun das Grundstück Schindlerguts zurücknehmen und viel Geld für eine Lösung aufwenden, zu Lasten der Stimmbürger. Das Rabenfluh wurde der ÖRA weit unter dem Nominalwert von wohl über 10 Mio. Franken zum Buchwert von ½ Mio. überlassen. Also auch haben die Stimmbürger einen deutlich Unterwert zu bezahlen. Sofern das Rabenfluh nun tatsächlich, im Sinn und Zweck, also für altersbetreutes Wohnen umgebaut wird, dann spielt das ja eine geringe Rolle. Lustig wird es erst dann, wenn die ÖRA das Altersheim abstossen will, es gehört ja juristisch ihr. Der Preis des Vorkaufsrechtes ist nämlich nirgends festgehalten, rein juristisch gesehen, könnte sich die ÖRA als auch mit dem Verkauf des Rabenfluhs gesundstossen. In diesem Fall wäre der Gemeinde dann gar ein weiterer echter Schaden entstanden.

Ich habe noch vier kleine Bemerkungen, die mir sehr wichtig sind:

Wenn Sie nun glauben, dass ich der ÖRA, bzw. dem Verwaltungsrat und insbesondere Christian Di Ronco einen Vorwurf mache, dann irren sie sich gründlich. Die Verwaltungskommission hat einfach den Spielraum, der Ihr gegeben wurde, bis an die Grenzen und zumindest moralisch gesehen noch etwas darüber hinaus ausgereizt. Und sie wissen ja, zumindest seid letzter Sitzung, dass Christian Di Ronco Moral, Würde und Ehre ein grosses Anliegen sind, zumindest wenn es andere angeht. Diese Auslegung ist aber das gute Recht der Verwaltungskommission. Ermöglicht hat der Verwaltungskommission dies das Volk, ein unaufmerksamer Einwohnerrat und ein gütiger Gemeinderat. Wie Sie wissen, haben ich die Mitgliedschaft in dieser Verwaltungskommission angestrebt, aber eben um etwas mehr Moral in sie hineinzubringen. Man muss ja nicht immer alles machen, was die Justiz gerade erlaubt.

Zweite Bemerkung: Dass der Gemeinderat das Anstaltsreglement trotz offensichtlichen Mängel nicht anpassen will, erstaunt natürlich nicht, zeigt aber auf, dass er gütig beschlossen hat, die Verwaltungskommission machen zu lassen. Der Einwohnerrat könnte dies noch ändern, aber bei der momentanen Zusammensetzung des Einwohnerrates und der Tatsache, dass zurzeit annähernde Gespräche z.B. in Kommissionen tunlichst vermieden werden, macht das wohl wenig Sinn. Ständerat Severin Brüngger hat das übrigens treffend als «Demokratie ist mehr als die Diktatur der Mehrheit bezeichnet», aber das scheint im Einwohnerrat Neuhausen noch nicht angekommen sein. Da müsste schon die eine oder andere Fraktion klar signalisieren, dass sie da mitmachen würden.

Dritte Bemerkung: Das Einholen eines Gutachtens schützt übrigens keinesfalls vor dem selber entscheiden. Ein Gutachten fällt meistens im Sinne der Anforderung aus. Am besten sieht mach das vor Gericht: Da präsentieren dann meistens beide Seiten ein Gutachten und das Gericht muss selber entscheiden, welche Punkte der beiden Gutachten es stärker gewichten muss. Man muss also schon selber entscheiden, wie realistisch es ist. Das vorgelegte Gutachten scheint mir recht schlüssig und logisch, einzig der Punkt mit dem problematischen Vorkaufsrecht wurde vorsorglich umschifft.

Letzte Bemerkung: Vielleicht überlegen Sie sich einmal alle ernsthaft, ob das Erstarken der extremen Flügel nicht direkt etwas damit zu tun hat, dass die gemässigte Mitte etwas gar viel versucht, das Volk für dumm zu verkaufen. Oder denken sie das Erstarken von AfD, Frontnational oder dem blonden Gockel in den USA hätte wirklich nichts mit unehrlicher Politik der angestammten Parteien zu tun hat.

Ich danke dem Gemeinderat nochmals für die ausführliche Antwort und das korrekte Gutachten, das seine Sicht wiedergibt und euch allen danke ich für das lange und geduldige Zuhören. Das bezeugt, dass zumindest sie die Würde dieses Rates hochhalten.

ER Fabian Bolli (GLP)
Geschätzter Präsidenten, geschätzter Herr Gemeindepräsident, geschätzte Gemeinderätin und Gemeinderäte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Ich tue etwas, was man vielleicht schon beim letzten Mal auch hätte machen sollen: denn was im Rabenau Platz hat, aber nicht unbedingt hier in dieser Form, sind Verleumdungen und Diffamierungen der Politik als Ganzes.
Ich bin mit dem Interpellanten einverstanden: Lügen haben in der Politik keinen Platz. Diese müssen benannt und aufgedeckt werden.
Bitte beachten Sie dabei aber: wenn Sie die Politik ausdrücklich oder sinngemäss als Ganzes in einen Topf werfen, dann werfen Sie damit auch Ihre Kolleginnen und Kollegen in denselben Topf. Sie werfen Dimitrij Ruh, Melanie Knuchel und sich selbst hinein.
Und ich glaube nicht– und das meine ich ernst –, dass das dir würdig ist, denn ich habe in den letzten sechs Jahren in diesem Rat bei praktisch allen von ihnen und auch in den anderen Räten, in denen ich die laufende politische Arbeit beobachten konnte, eigentlich immer wieder ehrliche Absichten erkennen können.
Die allermeisten Politikerinnen und Politiker, insbesondere auf kommunaler und kantonaler Ebene, handeln redlich und lügen nicht.
Gegen diese Pauschalisierung halte ich klar dagegen. Mit einer solchen Pauschalisierung werden hier meines Erachtens die Regeln des Anstands überschritten. Das ist aber eine rein politische Beurteilung.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)
Damals ging es tatsächlich um eine Finanzierungsvorlage. Es stellte sich die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass ein Neubau erstellt werden kann. Deshalb gab es eine Vorlage zur Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Dieser Vorlage hat das Volk mit über 72 Prozent zugestimmt.
Man kann auch nicht sagen, dass das Volk dumm ist. Vielmehr weiss es in der Regel sehr wohl, worauf es sich einlässt.
Nun komme ich zum Grundstück am Rabenfluh. Dieses wurde zum Buchwert übertragen. Das ist auch im Vertrag über die Eigentumsübertragung festgehalten. Die wesentlichen Grundlagen wurden im Zusammenhang mit der Volksabstimmung offengelegt. Dabei wurde nichts verschleiert.

Auch in der Eigentümerstrategie ist klar festgehalten, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt das Grundstück für die Alterspolitik einsetzen soll. Dazu gehören betreutes Wohnen, ein Pflegezentrum, ein Altersheim oder vergleichbare Angebote – alles zugunsten unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.
Das Grundstück kann also nicht irgendwann einfach an einen Finanzinvestor verkauft werden, der dann noch einen Wohnblock darauf erstellt. Das ist in der Eigentümerstrategie klar geregelt.
Vielleicht hast du das mittlerweile wieder vergessen. Von daher möchte ich betonen, dass es hier nicht darum geht, mit Tricks zu arbeiten oder jemanden zu beeinflussen, sondern darum, die Sache seriös zu behandeln.
Die Verwaltungskommission leistet sehr gute Arbeit. Das zeigt sich Jahr für Jahr seit ihrer Gründung. Auch finanziell hat sie die Angelegenheit im Griff und konnte entsprechende Rücklagen bilden, damit wir einen Neubau realisieren können.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion abgeschlossen und das Geschäft ebenfalls erledigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4
Bericht und Antrag betreffend Initiative «für ein sicheres Velowegnetz» (Veloinitiative) und Gegenvorschlag

Zuständiger GR: GR-Präsident Felix Tenger

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst GR-Präsident Felix Tenger.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)
Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die Initiative wurde im Februar 2026 mit 1'959 gültigen Unterschriften eingereicht.
Die vorliegende Veloinitiative verfolgt ein nachvollziehbares Ziel: sichere und gute Verbindungen für den Veloverkehr in unserer Gemeinde. Dieses Ziel stellt der Gemeinderat nicht grundsätzlich infrage. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie wir es erreichen.
Neuhausen beginnt bei diesem Thema nicht bei null. Es ist ja nicht sträflich vernachlässigt worden, wie in der Initiative gesagt wurde. Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren wurde bereits viel gemacht und für die kommenden Jahre ist noch einiges vorgesehen.
Mit dem kommunalen Strassenrichtplan, welcher seit ca. eineinhalb Jahre im Kanton zur Genehmigung liegt, haben wir die wichtigen Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr planerisch festgelegt. Gleichzeitig wurden die bestehenden Schwachstellen systematisch erhoben, einerseits vom Kanton andererseits von der Kommune. Diese sollen in den kommenden Jahren schrittweise behoben werden.

Und das bleibt nicht bei Plänen. Mit der Äusseren Zentralstrasse, der Langrietstrasse und der Weinbergstrasse wurden bereits Verbesserungen umgesetzt. Weitere grosse Projekte stehen an: die Innere Klettgauerstrasse, der Rheinhof, hier ist die Baustelle in den Endzügen, Auch dort gibt es eine Strassenaufwertung. Dadurch steht deutlich mehr Platz zur Verfügung – sowohl für Velofahrer als auch selbstverständlich für Fussgänger.

Die Verkehrsführung Nord mit dem Knoten Kreuzstrasse ist der nächste Schritt sowie die Engestrasse, die Rosenbergstrasse, die Schaffhauserstrasse und weitere Verbindungen. Das sind die grossen Projekte, welche bereits geplant sind und auch umgesetzt werden. Das sind alle Generationsprojekte, welche alle eine relativ langen Zeithorizont haben. Dazu kommen noch ganz viele kleinere Projekte, welche aus der Schwachstellenanalyse hervorkommen. Wir sprechen dabei in den kommenden Jahren über Investitionen in der Grössenordnung von 10 bis 20 Millionen Franken, um den Strassenraum aufzuwerten, hier ist der Veloverkehr immer prioritär dabei. Wir sind also dran den Fuss- und Veloverkehr zu verbessern.

Genau deshalb sehen wir die Initiative in der vorliegenden Form kritisch.
Der erste Satz der Initiative – die sichere und durchgehende Erreichbarkeit aller Quartiere – entspricht im Grundsatz dem Weg, den wir mit dem Strassenrichtplan und der Schwachstellenanalyse bereits eingeschlagen haben, welchen wir auch mit dem Agglomerationsprojekt und den flankierenden Massnahmen zum Galgenbucktunnel eingeschlagen haben.

Problematisch wird es dort, wo die Initiative konkrete Vorgaben für die Ausgestaltung macht. Sie verlangt, dass von der übrigen Fahrbahn abgesetzte, kreuzungsarme und vortrittsberechtigte Veloverbindungen angestrebt werden. Gleichzeitig soll bis 2035 ein lückenloses Netz geschaffen werden.
Das tönt auf den ersten Blick ja sehr schön. In der Realität unserer Gemeinde lässt sich so etwas aber nicht überall umsetzen.

Neuhausen ist eine dicht bebaute Gemeinde. Viele unserer Strassenräume sind historisch gewachsen und schlicht zu eng, um für jeden Verkehrsträger einen eigenen Raum zu schaffen. Wir bauen nicht auf der grünen Wiese, sondern wir müssen im Bestand Verbesserungen erreichen möchten. Auf derselben Strasse müssen der öffentliche Verkehr, der motorisierte Individualverkehr, die Lastwägen, der Veloverkehr und nicht zuletzt auch die Fussgängerinnen und Fussgänger Platz finden. Dazu kommen Parkierung, Bäume, Aufenthaltsflächen und weitere Bedürfnisse. Es gibt verschiedene Bedürfnisse, welche hier berücksichtigt werden müssen. Wir müssen deshalb von Strasse zu Strasse Lösungen finden, die funktionieren. Manchmal ist ein separater Veloweg richtig, manchmal ein Velostreifen, manchmal Begegnungszone, Tempo 30 oder eine andere Lösung. Diesen planerischen Spielraum wollen wir uns erhalten und den brauchen wir auch.
Auch die Frist bis 2035 ist aus Sicht des Gemeinderates nicht realistisch. Grössere Strassenprojekte haben lange Planungs-, Bewilligungs- und Realisierungszeiten und sind teilweise von Kanton, Bund und Agglomerationsprogrammen abhängig.

Deshalb schlägt Ihnen der Gemeinderat einen Gegenvorschlag vor.
Dieser nimmt die Zielrichtung der Initiative auf: Alle Quartiere sollen über ein sicheres und möglichst durchgehendes Netz erreichbar sein. Gleichzeitig beziehen wir den Fussverkehr ausdrücklich mit ein. Denn ein sicheres Fusswegnetz ist für unsere Gemeinde ebenso wichtig wie ein gutes Velowegnetz.
Wir verzichten aber bewusst darauf, in der Gemeindeverfassung vorzuschreiben, wie diese Verbindungen baulich auszugestalten sind.
Die Verfassung soll das Ziel vorgeben – die konkrete Lösung muss dort gefunden werden, wo sie hingehört: bei der Planung des jeweiligen Strassenraums unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.
Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, dass der Gegenvorschlag den besseren Rahmen für die weitere Entwicklung schafft. Er setzt ein klares Ziel für den Fuss- und Veloverkehr, lässt aber genügend Spielraum, dieses Ziel realistisch, schrittweise und mit vernünftigen Lösungen zu erreichen.
In diesem Sinne beantragt Ihnen der Gemeinderat, die Initiative abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

ER Fabian Bolli (GLP)
Geschätzte Anwesende

Ich darf den Ton noch ändern, und das freut mich sehr, denn wir wollen ja auch ein wenig vorwärtskommen.
Die GLP-Die-Mitte-Fraktion hat den Bericht und Antrag mit Freude zur Kenntnis genommen.
Weshalb mit Freude?
Nun, einerseits sind wir der Meinung, die Initiantinnen und Initianten greifen damit ein wichtiges Thema auf. Der Veloverkehr ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität. Natürlich kann der Veloverkehr nicht alle Transportbedürfnisse abdecken. Aber: Wenn die Infrastruktur stimmt, kann das Velo auf kurzen Wegen eine attraktive Alternative darstellen zum Auto oder zum ÖV. Der Veloverkehr ist dabei klimafreundlich, platzsparend und nicht zuletzt auch gesund.
Und damit die Infrastruktur stimmt, da gibt es noch einiges an Handlungsbedarf. Velowegnetze müssen durchgängig, sicher und direkt sein. Wir unterstützen es sehr, dass dieses Thema mit der Initiative aufgegriffen wird.
Andererseits waren wir auch erfreut darüber, dass der Gemeinderat einen Gegenvorschlag der Initiative gegenüberstellen möchte. Das ist einerseits ein Zeichen der Anerkennung für die Wichtigkeit des Anliegens und andererseits geht es damit aus unserer Sicht in die genau richtige Richtung. Denn auch wir sind überzeugt, dass die richtige Lösung in einem Gegenvorschlag liegt.

Die sehr aufmerksamen unter ihnen haben es nämlich vielleicht sogar gemerkt. Anders als in Schaffhausen ist die GLP in Neuhausen nicht Teil des Initiativkomitees. Gleichwohl waren wir eingebunden, was wir sehr schätzen. Für uns war jedoch klar, dass die richtige Lösung in einem Gegenvorschlag liegt. Diese Option wollten wir uns offenhalten und dafür setzen wir uns im Sinne des Anliegens der Initiative auch ein.

Was soll ein Gegenvorschlag gegenüber dem Initiativtext verbessern? Klar benennen kann unsere Fraktion, dass wir das Verankern einer starren Jahreszahl in der Verfassung als ungeschickt erachten. Etwas spitzer formuliert als systemfremd. Das bringt selten weiter, siehe zum Beispiel die verzwickte Situation beim BehiG. Dort haben wir auch im Gesetz eine Frist geschrieben, 2023.
Man kann nun darüber streiten, ob die Bemühungen gross genug waren oder ob andere Gründe dazu geführt haben, dass das Ziel nicht erreicht wurde. Fakt ist, dass es das politische Klima vergiftet, sobald das Ziel, nämlich bis 2023 alles möglichst hindernisfrei beziehungsweise behindertengerecht zu gestalten, nicht erreicht wurde.
Wenn ein Konzept eine Jahreszahl enthält und das Ziel verfehlt wird, ist das eine Sache.
Wenn ein solches Ziel hingegen in ein Gesetz geschrieben wurde, dann bricht man das Recht.
Das ist politisch nochmals eine ganz andere Ausgangslage.
Wie gesagt, wir glauben, dass dies das politische Klima belastet.

Eine Verfassung sollte Grundsätze festhalten. Und daran möchten wir uns halten, unabhängig davon wie gut und wichtig ein Thema ist.
Diese Verbesserung enthält auch der Gegenvorschlag des Gemeinderats bereits. Dass dieser Gegenvorschlag des Gemeinderats zudem den Fussverkehr berücksichtigt, halten wir ebenfalls für richtig. Der Fussverkehr ist auch ein wichtiger Baustein für eine siedlungsverträgliche Mobilität. In der Konkurrenz um den Platz im Strassenraum sollten diese beiden Verkehrsträger im gleichen Atemzug genannt werden.
Diskutieren kann man, ob der Initiativtext im Vergleich zu dem vorliegenden Gegenvorschlag des Gemeinderats nicht in gewissen Teilen zurecht etwas ambitionierter ist – und trotzdem den notwenigen Spielraum lässt. Und genau diese Diskussion würden wir gerne führen – in einer Kommission – um den geeignetsten Gegenvorschlag zu finden.
Womöglich kann ein leicht abgeänderter, ambitionierterer Gegenvorschlag gefunden werden, mit dem das Initiativkomitee bereit wäre, die Initiative zurückzuziehen. Das wäre aus unserer Sicht ein optimales Ergebnis der parlamentarischen Arbeit, mit dem man der Bevölkerung unter breiter politscher Unterstützung nur eine Abstimmungsfrage unterbreiten könnte, mit der Parole: Sagen Sie «JA» zu einem ambitionierten und doch verhältnismässigen Ausbau der Veloinfrastruktur. Wäre doch mal schön, oder nicht?
Vielen Dank für die Unterstützung dieser Perspektive. Die GLP-Die-Mitte-Fraktion hofft, dass wir in der Kommission auf den bestmöglichen Gegenvorschlag hinarbeiten können.

ER Arnold Isliker (SVP)
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Lieber Fabian

Du hast vorhin angetönt, eine Kommission zu bilden. Stehst du dazu? Ansonsten mache ich das jetzt und stelle den Antrag, eine 7er Kommission zu bilden.
Die SVP/EDU ist klar für den Gegenvorschlag. Dieser soll nochmals diskutiert werden.
Ich meine, die finanzielle Seite ist nochmals ein grosses Thema. Wie wir sehen und wie ich schon lange angesprochen habe, hat sich die finanzielle Wetterlage in der Stadt Schaffhausen verändert. Jetzt stehen das Altersheim und anschliessend das Schulhaus an. Wir wissen, welche Projekte auf uns zukommen.
Ob dann noch genügend Geld vorhanden ist, falls sich die aktuell gute finanzielle Lage in eine schlechtere Situation verändern sollte, müssen wir nochmals diskutieren. Wir sollten genau anschauen, was wünschbar, denkbar und machbar ist.

Ich stelle daher den Antrag, eine 7er Kommission zu bilden. Besten Dank.

ER Marco Torsello (FDP)
Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die FDP-Fraktion hat die Veloinitiative und den Gegenvorschlag des Gemeinderates eingehend beraten. Wir sind einstimmig zum Schluss gekommen, die Vorlage des Gemeinderates in allen Punkten zu unterstützen.

Ein sicheres und gut ausgebautes Fuss- und Velowegnetz gehört zu einer modernen Gemeinde. Es erhöht die Verkehrssicherheit, verbessert die Erreichbarkeit der Quartiere und kann den motorisierten Verkehr entlasten. Die grundsätzliche Zielsetzung der Initiative unterstützen wir daher.

Die Initiative enthält jedoch sehr weitgehende und starre Vorgaben. Ein lückenloses Netz mit abgesetzten, kreuzungsarmen und vortrittsberechtigten Veloverbindungen lässt sich aufgrund enger Strassenräume, bestehender Gebäude und unserer topografischen Verhältnisse nicht überall verwirklichen. Zudem muss der begrenzte öffentliche Raum zwischen Fussverkehr, Veloverkehr, öffentlichem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr ausgewogen aufgeteilt werden.
Aus freisinniger Sicht braucht die Gemeinde deshalb den notwendigen Handlungsspielraum. Der Gegenvorschlag formuliert mit einer sicheren und möglichst durchgehenden Erreichbarkeit aller Quartiere ein klares Ziel, berücksichtigt aber zugleich die örtlichen Gegebenheiten. Zudem bezieht er richtigerweise auch den Fussverkehr mit ein.
Eine Kommission erachten wir nicht als zielführend. Die Entscheidungsgrundlagen liegen vor und weitere Beratungen würden sich voraussichtlich vor allem um einzelne Formulierungen drehen, ohne die räumlichen Gegebenheiten verändern zu können.

ER Melanie Knuchel (SP)
Lieber Präsident, lieber Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Medienschaffende

Wir von der SP/Grüne-Fraktion stimmen der Bildung einer Kommission zu. Dennoch noch ein paar Worte zum Bericht & Antrag:
Wir danken dem Gemeinderat grundsätzlich für die Ausarbeitung des Berichts und Antrags. Doch sind wir inhaltlich schon etwas anderer Meinung und zweifeln auch nach den heutigen Ausführungen von Gemeindepräsidenten Felix Tenger, ob das Anliegen der Initiative abschliessend verstanden wurde.

Die Begründung zur Ablehnung der Initiative und der ausgearbeitete Gegenvorschlag des Gemeinderats sind aus unserer Sicht fragwürdig und missachtet das Anliegen von 259 stimmberechtigten Neuhauser Einwohnerinnen und Einwohnern, die diese Initiative gültig unterzeichnet haben, deutlich.
Ich bin Teil des Initiativkomitees und war selbst beim Unterschriftensammeln in der Gemeinde unterwegs. Dabei haben wir im Austausch mit der Bevölkerung immer wieder dasselbe gehört: Neuhausen muss endlich mehr für die Sicherheit von Velofahrenden machen.
Eltern lassen ihre Kinder aktuell nicht mit gutem Gefühl mit dem Velo auf die Strasse. Ältere Menschen oder Personen, die sich auf dem Velo unsicher fühlen, verzichten gar darauf. Das ist kein Luxusproblem. Das ist ein deutlicher Missstand.

Der Gemeinderat anerkennt zwar den Handlungsbedarf. Doch dann streicht sein Gegenvorschlag ausgerechnet das, was die Initiative wirksam macht:
1. die Frist,

2. das Ziel eines lückenlosen Netzes und
3. die klare Ausrichtung auf sichere Veloverbindungen.

Übrig bleiben «möglichst durchgehende Wege», «örtliche Gegebenheiten berücksichtigen» und keine verbindliche Frist. Das ist doch offensichtlich keine gleichwertige Antwort. Es ist eine deutliche Abschwächung eines Initiativtexts, der bereits pragmatischen Spielraum lässt. Auch die Begründung überzeugt nicht: Zuerst erklärt der Gemeinderat die Initiative für gültig und «das Anliegen kann faktisch vollzogen werden». Danach soll 2035 plötzlich unrealistisch sein. Welche konkreten Massnahmen bis dahin unmöglich sein sollen, sagt er nicht. Und auch bei den genannten 10 bis 20 Millionen Franken bleibt offen, was tatsächlich an Zusatzkosten durch die Initiative verursacht würde und was ohnehin für Strassenprojekte anfällt.

Für uns ist klar: Sicherheit darf nicht davon abhängen, wie mutig jemand im Strassenverkehr ist, oder ob das Glück wieder einmal auf seiner oder ihrer Seite steht. Neuhausen braucht ein verbindliches Ziel, ein sicheres Velowegnetz und einen Termin. Agglomerationsprogramm, Strassenrichtplan oder Schwachstellenanalyse dürfen nicht länger als Begründung dafür dienen, dass konkrete Verbesserungen auf später verschoben werden.
Und noch etwas, geschätzter Herr Gemeindepräsident, Felix Tenger: die Forderung nach Sicherheit im Strassenverkehr für alle Verkehrsteilnehmenden ist keine Ideologie. Eine Forderung wird nämlich nicht automatisch zur Ideologie, nur weil SP oder Grüne dahinterstehen.
Besten Dank.

ER Fabian Bolli (GLP)
Geschätzte Anwesende

Es sind einige kurze, sehr allgemeine, aber meines Erachtens zentrale Einschätzungen zu diesem Thema. Dabei möchte ich vor allem auf einen Punkt eingehen, der mir besonders wichtig ist.
Meiner Ansicht nach kann ein klarer Volksentscheid zugunsten des Velos mit 70 oder 80 Prozent Zustimmung mehr Wert haben und mehr bewirken als ein Wort mehr oder weniger in der Verfassung.
Klar ist aber auch, dass wir etwas anderes nicht vergessen dürfen: das Verhältnismässigkeitsprinzip. Dieses muss bei allen weiteren Überlegungen stets mitberücksichtigt werden. Entscheidend ist letztlich auch die Frage, was in der Realität umsetzbar ist.
Noch ein Wort zur Kommission: Ich habe Verständnis für die entsprechenden Abwägungen. Selbstverständlich stehen wir hinter dem Antrag, und wir werden der Bildung einer solchen Kommission ebenfalls zustimmen.
Einerseits stehen wir grundsätzlich hinter dem Prinzip, dass wenn eine Fraktion eine Kommission beantragt diese dann auch eingesetzt wird, sofern keine besondere Situation dagegenspricht.
Andererseits möchte ich mich an die FDP-Fraktion wenden. Ich kann nachvollziehen, dass man sich überlegt, keine Kommission einzusetzen, wenn man den Gegenvorschlag in seiner vorliegenden Form unterstützt. Das ist durchaus verständlich.
Das Problem ist einfach: Wenn wir hier im Rat über einzelne Wörter, weitere Sätze und andere Formulierungen diskutieren wollen, wäre es vermutlich zielführender, diese Diskussion in einer Kommission zu führen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass wir hier sehr lange diskutieren und dabei möglicherweise nicht besonders produktiv vorankommen, weil immer wieder jemand neue Formulierungen vorschlagen möchte.
Insofern sollte uns das motivieren, der Kommission ebenfalls zuzustimmen. Dabei geht es weniger um politische Gründe als vielmehr um verfahrenstechnische Überlegungen. In einer Kommission können wir solche Fragen einfach besser und gezielter diskutieren. Aber ich überlass das selbstverständlich euch, ich wollte diese Ansicht einfach noch teilen.
Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Gibt es Wortmeldungen zum Eintreten?
Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.
Wünscht GR-Präsident Felix Tenger das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)
Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wir haben den Gegenvorschlag gemacht weil wir der Meinung sind, dass der Veloverkehr einseitig bevorzugt werden sollte.
Für mich handelt man ideologisch, wenn man sich tatsächlich nur einseitig für einen Bereich einsetzt und die anderen Verkehrsteilnehmenden dabei entsprechend ausklammert.
Das betrifft uns alle. Wir haben in Neuhausen am Rheinfall viele Autofahrerinnen und Autofahrer, sogar sehr viele. Wir haben zahlreiche Fussgängerinnen und Fussgänger, viele Menschen, die den öffentlichen Verkehr benutzen, und auch den Schwerverkehr. All diese Bereiche haben ihren Platz in unserer Gesellschaft.
Genau dafür sind wir auch in den Gemeinderat gewählt worden: um uns für alle Einwohnerinnen und Einwohner einzusetzen.
Ich habe bereits gesagt, dass im Gemeinderat fast alle überzeugte Velofahrer sind. Das Anliegen der Initiative ist bei uns deshalb grundsätzlich auf offene Türen gestossen. Es ist überhaupt kein Thema, dass wir den Veloverkehr fördern wollen.
Die erwähnten 10 bis 20 Millionen Franken beruhen meines Erachtens auf einem Missverständnis. Dabei handelt es sich nicht die Kosten, welche die Initiative verursachen würde, sondern entsprechen den Investitionen, welche bereits vorgesehen.
Die 10 bis 20 Millionen Franken sind in den Projektkosten bereits berücksichtigt. Diese Projekte werden in den kommenden Jahren umgesetzt. Sofern das Volk bei den entsprechenden Vorlagen zustimmen wird.
Letztlich hat immer das Volk das letzte Wort – auch bei der Umsetzung dieser Initiative.
Ich bin zudem überzeugt, dass die Initiative selbst dann, wenn es keinen Gegenvorschlag gäbe, wahrscheinlich abgelehnt würde. Sie würde vermutlich nicht angenommen werden.
Dann müssten sich die Initianten überlegen, ob es sich wirklich gelohnt hat, die Initiative bis zum Schluss durchzuziehen und den Gegenvorschlag nicht zu berücksichtigen, wenn die Initiative am Ende trotzdem abgelehnt wird.
Initiativen mit ähnlichen Formulierungen wurden bereits in vielen Städten eingereicht, beispielsweise in Zürich, Winterthur, St. Gallen, Luzern und Basel-Stadt. In diesen Städten wurden jeweils auch Gegenvorschläge gegenübergestellt. In ungefähr 70 Prozent wurden die Initiativen dort zurückgezogen.
Ich verschliesse mich aber weder mit beiden in eine Abstimmung zu gehen, ich verschliesse mich auch nicht einer Kommission, um wir dort über die verschiedenen Punkte zu diskutieren.
Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
Wir kommen zur Abstimmung über die Bildung einer 7er Kommission. Das Präsidium hat die SP-Grüne-Fraktion.

Wer der Bildung einer 7er Kommission zustimmen möchte, hebe bitte die Hand.
Wer der Bildung einer 7er Kommission nicht zustimmen möchte, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Sie haben die Motion mit 16 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung erheblich erklärt.

Die Mitglieder der Kommission sind:

Ernst Schläpfer (parteilos – Präsidium)
Roland Müller (Grüne)
Melanie Knuchel (SP)
Arnold Isliker (SVP)
Oliver Fessler (SVP)
Fabian Bolli (GLP)
Nina Schärrer (FDP)

Das Geschäft ist erledigt.

Noch nicht verhandlungsbereit:

Traktandum 5
Postulat Nr. 2026.04 vom 27.08.2026 von Fabian Bolli, Arnold Isliker und Nina Schärrer mit dem Titel: Beteiligung an der Rheinfall Managementgesellschaft prüfen.

Traktandum 6
Bericht und Antrag betreffend Mehr Bus für Neuhausen am Rheinfall (Angebotskonzept 2030 der vbsh) inkl. Kommissionsbericht.

Traktandum 7
Bericht und Antrag betreffend Neubau Schulhausareal Gemeindewiesen GB Nr. 186 inkl. Kommissionsbericht.

Noch nicht verhandlungsbereit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 05. November 2026 statt.

Roland Müller
Präsident

Barbara Zanetti
Aktuarin